

Name	Bereich	Information	V.-Datum
ESWE Versorgungs AG Wiesbaden	Rechnungslegung/ Finanzberichte	Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2016 und Tätigkeitsabschluss	30.11.2017

Anlage 01 zu 18-V-01-0013

ESWE Versorgungs AG

Wiesbaden

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2016 und Tätigkeitsabschluss

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

Grundlagen der Gesellschaft

ESWE Versorgungs AG ist der moderne Dienstleister aus Wiesbaden mit mehr als 85-jähriger Geschichte. In der hessischen Landeshauptstadt garantieren wir die Versorgung mit Strom, Erdgas und Wärme. Darüber hinaus betreiben wir das Gas-, das Wasser-, das Wärme- sowie das Straßenbeleuchtungsnetz in Wiesbaden und engagieren uns im Bereich der regenerativen Energieerzeugung. Ferner sind wir Betreiber der Gasnetze in Taunusstein, Walluf und Schlangenbad. In Taunusstein betreiben wir ebenso die Straßenbeleuchtung. Über unsere Tochtergesellschaft, die Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH (sw netz), betreiben wir die Stromnetze in Wiesbaden und Taunusstein. Über die mehrheitlich von ESWE geführte ESWE Bio Energie GmbH erzeugen wir seit Anfang 2014 umweltschonend Strom und Wärme aus überwiegend Altholz und speisen diese in das lokale Netz ein.

Auch bundesweit haben wir uns einen Namen als Energielieferant mit Topkonditionen gemacht.

Zu den wesentlichen Steuerungsgrößen der Gesellschaft, die vor allem im Rahmen der Berichterstattung an unsere Gesellschafter überwacht werden, zählen finanzielle sowie nicht finanzielle Leistungsindikatoren. Die zentralen finanziellen Steuerungskennzahlen und damit bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren sind neben dem Unternehmensergebnis vor Steuern, das Beteiligungsergebnis, sowie das Unternehmensergebnis vor Ausgleichszahlung und Ergebnisabführung. Wichtige nicht finanzielle Leistungsindikatoren sind entsprechend ihrer Steuerungsrelevanz für unser operatives Geschäft vor allem die Absatzmengen.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Trotz der weltweit angespannten politischen Lage hat sich der Trend der wirtschaftlichen Erholung in der Europäischen Union im Berichtsjahr fortgesetzt. Insbesondere in Deutschland hat sich die Wirtschaft deutlich besser entwickelt als von den meisten erwartet. Das Bruttoinlandsprodukt ist 2016 um 1,9 % gewachsen.

Die maßgeblichen Impulse kamen hierbei von der Binnenwirtschaft. Der private Konsum legte preisbereinigt um 2,0 % zu. Vor allem die sehr gute Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung sowie der nach wie vor moderate Anstieg der Verbraucherpreise waren hierfür verantwortlich.

Die Verbraucher waren kauffreudiger denn je, der Arbeitsmarkt nähert sich der Vollbeschäftigung und auch die Löhne und Gehälter entwickelten sich ausgesprochen positiv. Verbunden mit der geringen Inflationsrate führte dies zu echten Reallohnsteigerungen in 2016.

Die Verbraucherpreise erhöhten sich im Berichtsjahr moderat um 0,5 %. Die Arbeitslosenquote ging abermals deutlich zurück. Im Durchschnitt des Jahres 2016 waren 2,7 Mio. Arbeitslose registriert, so wenig wie seit über 20 Jahren nicht mehr. Die Arbeitslosenquote beträgt 6,1 %.

Auch in Wiesbaden zeigt sich die Wirtschaft 2016 in ausgesprochen guter Verfassung. Der aus Geschäftslage und –Erwartungen gebildete Geschäftsklimaindex im Kammerbezirk der IHK Wiesbaden stieg im Jahresverlauf auf 128 Zähler und markiert damit erneut einen Spitzenwert in Hessen. Diese Daten signalisieren einen positiven Wachstumsimpuls für die Wirtschaftsregion Wiesbaden. Die Erwartungen der Wiesbadener Wirtschaft für den Verlauf des Jahres 2017 sind auf gleichbleibend hohem Niveau.

Die Europäische Zentralbank (EZB) betreibt nach wie vor eine sehr expansive Geldpolitik. Das Anleihekaufprogramm der EZB sorgt weiterhin für enorme Liquidität in den Märkten. Die EZB kauft monatlich Anleihen im Wert von 80 Mrd. €. Zumindest bis Ende 2017 soll das Programm weiterlaufen, wobei geplant ist, das monatliche Ankaufsvolumen auf 60 Mrd. € zu reduzieren.

Seit Mitte März 2016 hat die EZB den Leitzins auf Null festgesetzt. Geldeinlagen der Kreditinstitute werden seitdem mit einem Negativzins in Höhe von -0,4 % belastet.

Die Weitergabe dieser Negativzinsen durch die Kreditwirtschaft ist zumindest für institutionelle Anleger und große gewerbliche Unternehmen bereits Realität geworden. Einige Kreditinstitute haben dies mittlerweile auch für vermögende Privatkunden angekündigt. Wer also sein Geld bei einer Bank anlegt, muss künftig Strafzinsen dafür bezahlen.

Der Kapitalmarkt bewegt sich trotz einiger meist politisch motivierter Ausschläge nach wie vor auf sehr niedrigem Niveau. Trotz der weltweit zunehmenden politischen Risiken ist ein Ende der Niedrigzinsphase im Euroraum in den nächsten Monaten nicht abzusehen.

Das solide und stetige Wirtschaftswachstum in Deutschland setzt sich auch 2017 fort. Die Bundesregierung erwartet für das laufende Jahr ein Wirtschaftswachstum von 1,4 %. Die deutsche Wirtschaft ist somit weiterhin in einer robusten Verfassung.

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Um das Ziel einer zuverlässigen, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energieversorgung zu erreichen, hat die Bundesregierung die Energiepolitik in den letzten Jahren grundlegend weiterentwickelt. Mit dem Strommarktgesetz hofft man, die Basis für einen deutlich flexibleren Markt geschaffen zu haben.

Im Juni und Juli 2016 haben Bundestag und Bundesrat die Gesetze zur Weiterentwicklung des Strommarktes (Strommarktgesetz) und zur Digitalisierung der Energiewende beschlossen. Mit diesen Gesetzen werden die Weichen für einen Wettbewerb von flexibler Erzeugung, flexibler Nachfrage und Speichern gestellt sowie innovative Geschäftsmodelle im Strommarkt 2.0 ermöglicht.

Erneuerbare Energien sollen in Deutschland zukünftig den Hauptanteil der Energieversorgung übernehmen. Bis 2050 soll ihr Anteil am Bruttostromverbrauch mindestens 80 Prozent betragen. Die erneuerbaren Energien müssen daher kontinuierlich in das Stromversorgungssystem integriert werden, damit sie die konventionellen Energieträger mehr und mehr ersetzen. Die rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen müssen einem sich im Wandel befindlichen Stromsystem gerecht werden und den Transformationsprozess intelligent steuern. Die zentralen Aufgaben des Strommarktgesetzes sind es, erneuerbare Energien sinnvoll in den Markt zu integrieren und gleichzeitig eine sichere, kostengünstige und umweltverträgliche Stromerzeugung zu sichern.

Eine neu geschaffene Kapazitätsreserve, die strikt vom Strommarkt getrennt wird, soll ein Sicherheitsnetz für unvorhersehbare Ereignisse darstellen - sie sichert den Strommarkt 2.0 ab.

Hoch effiziente und klimafreundliche Kraft-Wärme-Kopplung-Anlagen (KWK) spielen eine wichtige Rolle bei der weiteren Umsetzung der Energiewende in Deutschland. Die Regelungen zur Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG) und zur Eigenversorgung im Erneuerbare-Energien-Gesetz werden daher zum 1. Januar 2017 angepasst. Die KWK-Förderung wird für kleine Anlagen zwischen 1 und 50 MW ausgeschrieben. Darüber hinaus wird die besondere Ausgleichsregelung des EEG 2017 auf das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz übertragen.

Mit dem EEG 2017 beginnt die nächste Phase der Energiewende. Der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland ist erfolgreich - ihr Anteil lag im Jahr 2016 schon bei rund 32 Prozent und soll mit dem EEG 2017 bis zum Jahr 2020 auf mindestens 35 Prozent steigen. Hierzu erfolgt mit dem EEG 2017 ein Paradigmenwechsel: Die Vergütungshöhe des erneuerbaren Stroms wird ab dem 1. Januar 2017 nicht mehr wie bisher staatlich festgelegt, sondern durch Ausschreibungen am Markt ermittelt. Das heißt: Neue Photovoltaik-Anlagen, Windräder oder Biogas-Anlagen stellen sich dem Wettbewerb und nehmen an Ausschreibungen teil. Der Zuschlag wird nach dem Prinzip des niedrigsten Preises vergeben.

Im Jahr 2016 wurden in Deutschland brutto 648,4 Mrd. kWh Strom erzeugt. Die Stromerzeugung lag damit ungefähr auf Vorjahresniveau (+0,2 %). Die Beiträge der einzelnen Energieträger hingegen entwickelten sich im Vergleich zum Vorjahr sehr uneinheitlich. Rückgängen bei der Stromproduktion aus Kernenergie, Braun- und Steinkohle, der Onshore-Windkraftanlagen und Photovoltaikanlagen standen teilweise kräftige Zuwächse bei Erdgas und Offshore-Windenergie sowie Biomasse und Wasserkraft gegenüber. Der Brutto-Inlandsstromverbrauch blieb nach bisherigen Zahlen mit 593,7 Mrd. kWh ebenfalls in etwa stabil (2015: 595,1 Mrd. kWh).

Der durchschnittliche Strompreis für Haushalte blieb 2016 nahezu unverändert und ist leicht um 0,3 % gestiegen. Wie bei den Industriekunden machte sich auch bei den Haushaltskunden der Anstieg der Steuern, Abgaben und Umlagen bemerkbar, aber auch die Netzentgelte verzeichneten 2016 einen Anstieg. Die Beschaffungskosten der Vertriebe gingen aufgrund rückläufiger Börsenpreise weiter zurück, was den Verbrauchern zu Gute kam. Damit wuchs der Anteil von Steuern, Abgaben und Umlagen am Strompreis 2016 auf 54 % gegenüber noch 52 % im Vorjahr an. Im Jahr 2017 steigt der Anteil der staatlichen Belastungen weiter um rund 0,5 ct/kWh und erhöht damit den Anteil der Steuern, Abgaben und Umlagen für Haushalte auf das Rekordniveau von 55 %.

Die EEG-Umlage zur Förderung erneuerbarer Energien belastete die Verbraucher im Jahr 2016 mit rund 25,0 Mrd. €. Zum 1. Januar 2017 wurde die Umlage abermals auf nunmehr 6,88 ct/kWh erhöht.

Klimaschutz und Energiewende gehören zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Aus dem im Dezember veröffentlichten Klimaschutzbericht 2016 geht hervor, dass Deutschland sein Klimaschutzziel für 2020 verfehlen wird. Der Ausstoß von klimaschädlichem Kohlendioxid (CO₂) kann ohne zusätzliche Maßnahmen nicht in dem Umfang realisiert werden wie erhofft.

Die Energiewende zielte bisher weitgehend vor allem auf die Stromproduktion. Mittlerweile hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass künftig auch der Verkehrssektor sowie der Wärmemarkt ihren Beitrag zum Ausbau der Erneuerbaren Energien leisten müssen. Die von der Regierung forcierte Sektorkopplung soll die Bereiche Verkehr und Wärme in die Energiewende einbeziehen. Die Vernetzung von Strom, Wärme und Verkehr ist einer der zentralen Schlüssel hin zu einer klimafreundlichen Versorgung. Sie zielt darauf ab, diese Bereiche mittelfristig zunehmend zu elektrifizieren, und den Strom dafür aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen. Fossiles Erdgas, Erdöl und Kohle sollten künftig weitgehend ersetzt werden. Die dadurch steigende Stromnachfrage ist allein aus Windkraft, Photovoltaikanlagen und Biomasse nicht bereitzustellen. Daher sind ambitionierte Effizienzmaßnahmen unabdingbar. Der motorisierte Straßenverkehr sollte weitgehend elektrifiziert werden. Im Wärmebereich sollten künftig keine neuen Öl- und Gasheizungen installiert werden. Der Gebäudebestand sollte bis 2030 weitgehend klimaneutral sein.

Das enorme Potential der Erdgasinfrastruktur zum Gelingen der energie- und klimapolitischen Ziele wird von den derzeit politisch

Verantwortlichen offensichtlich nicht ausreichend erkannt. Im Energiekonzept der Bundesregierung erfährt das Erdgas kaum Aufmerksamkeit. Dabei bietet die bestehende Gasinfrastruktur erhebliches Speicher- und Transportpotenzial. Das Energienetz der Zukunft kann nur durch das Zusammenwirken der Strom- und der Gasnetzinfrastruktur weitgehend emissionsfrei werden.

Geschäftsverlauf 2016 der ESWE Versorgung

Die Energiewende stellt Stadtwerke nicht nur vor enorme strategische Herausforderungen. Etablierte Geschäftsmodelle müssen laufend auf den Prüfstand gestellt und entsprechend angepasst werden. Neue Technologien halten Einzug, Kunden werden zu Produzenten, die zunehmende Digitalisierung eröffnet ungeahnte Möglichkeiten und müssen neben den sich stetig verschärfenden regulatorischen Rahmenbedingungen sowie dem zunehmenden Wettbewerbs- und Effizienzdruck bewältigt werden.

Diese Herausforderungen haben wir bereits frühzeitig angenommen. Als einer der ersten Energieversorger der Region hat ESWE den Fokus auf Erneuerbare Energien gelegt. Unser Stromportfolio wird nahezu ausschließlich aus regenerativen Energien gewonnen. Wir untersuchen konsequent moderne und nachhaltige Lösungen der Energieversorgung, investieren in entsprechende Projekte und Beteiligungen und unterstützen somit die Klimaschutzziele der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Wir richten uns konsequent an den Wünschen und Bedürfnissen unserer Kunden aus und arbeiten konstant an der Optimierung unserer Service- und Dienstleistungen. Mehrfache Bestbewertungen und Testsiege unabhängiger Vergleichsportale und Fachmedien bestätigen uns den Erfolg des Unternehmenskonzeptes. Besonders erfreulich war die Auszeichnung unseres Tarifs „ESWE Natur Strom“ des Wirtschafts_magazins „Wirtschaftswoche“ als Testsieger eines bundesweiten Stromanbietervergleichs.

Energiedienstleistungen gewinnen zunehmend an Bedeutung. So haben wir in den letzten Jahren unser Dienstleistungsangebot deutlich erweitert und bringen permanent neue Produkte auf den Markt. Mit unserer Smart-Home-Lösung „daheim“ können nicht nur Licht und Wärme über Smartphone oder Tablet gesteuert werden. Eine Fürsorge-Funktion erleichtert Seniorinnen und Senioren außerdem das selbstbestimmte Leben in den eigenen vier Wänden. Die neueste Innovation stellt das Produkt „daheim Solar“ dar, eine Kombination aus dezentraler Stromerzeugung durch Photovoltaik und Speichermöglichkeit.

ESWE Versorgung hat bereits im Jahr 2014 ein eigenes Energiedatenmanagementsystem eingeführt und nach ISO 50001 zertifizieren lassen. Dadurch sollen bisher ungenutzte Energieeffizienzpotentiale erschlossen, Energiekosten verringert und der Ausstoß vom klimaschädlichen Treibhausgasen reduziert werden. Das hierbei gewonnene Know-How nutzen wir mittlerweile, um auch unseren Geschäftskunden entsprechende Service-Dienstleistungen anzubieten und hiermit einen weiteren Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele der Landeshauptstadt Wiesbaden zu leisten. Wir bieten ein breites Beratungsangebot und zahlreiche Zusatzdienstleistungen zum Thema Energiemanagement an.

Einen Dämpfer in unserem Bestreben, die Energie- und Klimaschutzziele der Stadt zu erreichen, erhielten wir durch die Ablehnung der Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) durch das Regierungspräsidium Darmstadt für unseren geplanten Windpark auf dem Taunuskamm. Die Behörde hat die Genehmigung für die Errichtung von 10 Windkraftanlagen, unter anderem aus Gründen des Grundwasser- und Denkmalschutzes, abgelehnt. Ohne diese Windräder sind die Ziele der Stadt, bis zum Jahr 2020 ein Fünftel der in Wiesbaden verbrauchten Energie aus regenerativen Quellen zu erzeugen, nicht zu realisieren. In die Vorarbeiten zu diesem Projekt haben wir bereits fast 3 Mio. € investiert.

Mit dem Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2016 und der Entwicklung des Unternehmensergebnisses waren wir ausgesprochen zufrieden. Allerdings war 2016 wieder ein insgesamt schwaches Windjahr. Dies macht sich auch in den Ergebnissen unserer bisher realisierten Windprojekte bemerkbar. Für die folgenden Jahre gehen wir wieder von normalen Windjahren und damit positiven Jahresergebnissen aus.

Absatzentwicklung

Die nutzbare Stromabgabe verzeichnete im Berichtsjahr mit 978,7 Mio. kWh gegenüber dem Vorjahr (1.149,9 Mio. kWh) einen deutlichen Rückgang um 14,9 %. An Wiesbadener Kunden wurden mit 605,8 Mio. kWh (Vorjahr 756,9 Mio. kWh) 20,0 % weniger Strom verkauft als im Vorjahr. Ursächlich hierfür ist vor allem die Beendigung der Stromlieferung an einen großen Industriekunden in Wiesbaden.

Auch bei der Versorgung von Kunden außerhalb Wiesbadens verzeichneten wir einen Rückgang um 5,1 %. Wir verkaufen außerhalb des angestammten Versorgungsgebietes mittlerweile bereits mehr als 50 % der Menge, die wir in Wiesbaden verkaufen.

Die Heizgradtage erhöhten sich im Berichtsjahr mit 3.275,7 Heizgradtagen im Vergleich zum Vorjahr (3.030,0) deutlich. Dies bedeutet eine Steigerung der Heizgradtage um 8,1 %. Dieser Wert nähert sich damit wieder dem langjährigen Mittel. Die nutzbare Gasabgabe an unsere Kunden verzeichnete im Geschäftsjahr 2016 eine Steigerung von 1.921,6 Mio. kWh auf nunmehr 2.053,4 Mio. kWh um 6,9 %.

Bei der nutzbaren Fernwärmeabgabe verzeichneten wir abermals einen Zuwachs um 4,2 % von 240,2 Mio. kWh auf 250,3 Mio. kWh. Diese Steigerung ist einerseits witterungsbedingt, andererseits auf den bereits seit Jahren durchgeführten, kontinuierlichen Ausbau unseres Fernwärmenetzes sowie den Einsatz des Biomasseheizkraftwerks (BMHKW) zurückzuführen. Das BMHKW ersetzt zum großen Teil die bisher mit Erdgas betriebenen Heizkraftwerke. Die Auskopplung von Strom in der Sparte Fernwärmeversorgung stieg gegenüber dem Vorjahr von 38,3 Mio. kWh auf 40,8 Mio. kWh um 6,5 % an.

Umsätze und Preise

Im Berichtsjahr 2016 sind die Umsatzerlöse insgesamt um 25,6 Mio. € (6,3 %) auf 381,7 Mio. € gesunken.

Die Erlösstruktur zeigt sich in folgender Tabelle:

	2016		2015		Veränderung	
	€	%	€	%	€	%
Stromversorgung	187,6	49,1	201,3	49,4	-13,7	-6,8
Pachtentgelt Stromnetz	0,0	0,0	14,9	3,7	-14,9	-100,0
Gasversorgung	98,6	25,8	93,6	23,0	5,0	5,3
Wärmeversorgung	28,8	7,5	29,0	7,1	-0,2	-0,7
Betriebsführung Wasserversorgung	23,6	6,2	24,1	5,9	-0,5	-2,1
Wasserverkauf an WLW	12,1	3,2	11,0	2,7	1,1	10,0
Konzerninterne Dienstleistungen	20,6	5,4	20,5	5,0	0,1	0,5
Sonstige	10,4	2,8	12,9	3,2	-2,5	-19,4
	381,7	100,0	407,3	100,0	-25,6	-6,3

In der Stromversorgung verzeichneten die Umsatzerlöse einen deutlichen Rückgang von 6,8 %. Dies ist vor allem durch die Verringerung der Absatzmenge, insbesondere durch den Wegfall eines Großkunden, verursacht. Nachdem wir zum 1. Januar 2015 unsere Strompreise gesenkt hatten, haben wir dies im Jahr 2016 trotz weiter steigender gesetzlicher Abgaben und höherer Netzentgelte konstant halten können.

Der Anteil der staatlichen Belastungen für den Privathaushalt beträgt nunmehr 55 %. Die im Vorjahr ausgewiesenen Pachtentgelte für das Stromnetz sind durch die Übertragung des Eigentums auf die sw netz zum 30. Dezember 2015 und der damit verbundenen Beendigung des Pachtvertrages im Geschäftsjahr 2016 nicht mehr angefallen.

Die Erlöse in der Gasversorgung konnten mengenbedingt um 5,3 % gesteigert werden. Dies ist vor allem auf mehr Heizgradtage zurückzuführen. Aufgrund des günstigen Marktumfeldes konnten wir die Gaspreise für unsere Kunden, die seit Jahren konstant waren, zum 1. Dezember 2016 senken.

Die Umsatzerlöse der Wärmeversorgung verzeichneten preisbedingt einen leichten Rückgang um 0,7 %. Nachdem wir durch die Inbetriebnahme des Biomasse-Heizkraftwerks, welches nahezu die Hälfte der in Wiesbaden benötigten Fernwärme erzeugt, die Fernwärmepreise für unsere Kunden bereits Anfang 2014 gesenkt hatten, konnten wir zum 1. Januar 2016 abermals eine Preissenkung an unsere Kunden realisieren. Diese Preissenkung wurde durch die Zunahme der Absatzmenge weitgehend kompensiert.

Seit der Ausgliederung der Wasserversorgung auf den städtischen Eigenbetrieb „Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden“ (WLW) verpachtet ESWE Versorgung das weiterhin in ihrem Eigentum verbliebene Wassernetz an den Eigenbetrieb und ist auch für die Betriebsführung zuständig. Aus der Verpachtung und Betriebsführung des Wassernetzes wurden Umsatzerlöse in Höhe von 23,6 Mio. € erwirtschaftet.

Die Erlöse aus konzerninternen Dienstleistungen beinhalten insbesondere Erlöse aus technischen und kaufmännischen Dienstleistungen an die sw netz sowie aus der Verpachtung von Kabelinfrastruktur an unsere Tochtergesellschaft WiTCOM.

Die sonstigen Umsatzerlöse setzen sich analog zum Vorjahr im Wesentlichen aus Tankstellenumsätzen (3,0 Mio. €), Auflösung passivierter Ertragszuschüsse (1,8 Mio. €) und Erträgen aus Nebengeschäften zusammen.

Investitionen 2016

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von 18,4 Mio. € (Vorjahr 53,3 Mio. €) getätigt. Die Gesamtinvestitionen (inkl. Finanzanlagen) setzen sich wie folgt zusammen:

	Mio. €	Vorjahr Mio. €
Immaterielle Vermögensgegenstände	1,1	0,2
Sachanlagen	13,9	23,7
Finanzanlagen	3,4	2,1
Ausgliederungsbedingte Erhöhung Finanzanlagen	0,0	27,3
Gesamt	18,4	53,3

Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände enthalten hauptsächlich Lizenzweiterungen der Energiewirtschaftlichen und sonstigen EDV-Systeme.

Die Investitionen in Sachanlagen beinhalten im Wesentlichen den innerstädtischen Ausbau unseres Fernwärmenetzes sowie die Neukonzeption des Gashochdrucknetzes in Schierstein bzw. Walluf. Ferner wurden routinemäßige Erneuerungen der Versorgungsnetze realisiert.

Die Investitionen in Finanzanlagen (3,4 Mio. €) betreffen im Jahr 2016 die Erhöhung der Anteile an der THEE sowie die Kapitaleinzahlungen auf die Beteiligung an den Windparks Kahlenberg und Bad Camberg.

Lage der Gesellschaft

Ertragslage und Ergebnis

Das Geschäftsjahr 2016 konnte bei einem Unternehmensergebnis vor Steuern, trotz einiger negativer Einflüsse, mit 42,3 Mio. € (Vorjahr 56,9 Mio. €) wieder außerordentlich erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Rohmarge (Umsatzerlöse abzüglich Materialaufwand) reduzierte sich von 123,4 Mio. € um 2,9 Mio. € auf 120,5 Mio. €.

Das betriebliche Ergebnis des Jahres (Ergebnis vor Steuern ohne Beteiligungs- und Zinsergebnis) liegt mit 31,6 Mio. € deutlich unter dem Vorjahresergebnis (49,8 Mio. €). Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr noch die Einnahmen aus der Verpachtung des Stromnetzes enthalten waren, die mit der Übertragung des Eigentums an diesen Anlagen auf die sw netz in 2016 nicht mehr vereinnahmt wurden. Zum anderen wurde die in den Vorjahren bereits teilweise aufgelöste Rückstellung für das Wasserkartellverfahren wieder aufgestockt, da uns die Landeskartellbehörde kurz vor Jahresende eine Abschöpfungsverfügung aufgrund angeblich missbräuchlich überhöhter Wasserpreise in den Jahren 2007 bis 2011 zugestellt hat.

Das Ergebnis nach Ertragsteuern liegt mit 39,6 Mio. € ebenfalls deutlich unter dem Vorjahresergebnis (53,3 Mio. €). Das um 1,0 Mio. € verbesserte Zinsergebnis sowie das um 2,6 Mio. € auf 13,3 Mio. € verbesserte Beteiligungsergebnis konnten die Minderungen im betrieblichen Ergebnis nicht kompensieren. Im Jahresvergleich ist jedoch zu berücksichtigen, dass das Beteiligungsergebnis durch eine um 10,0 Mio. € höhere Ausschüttung unserer Tochtergesellschaft, der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG, geprägt war. Im Wirtschaftsplan, der im November 2015 beschlossen wurde, waren wir von einem Ergebnis nach Ertragsteuern von 38,5 Mio. € ausgegangen. Dieses Planergebnis konnte somit, trotz der ungeplanten Zuführung zur Rückstellung aufgrund des Wasserkartellverfahrens um 1,1 Mio. € übertroffen werden.

Gemäß Ergebnisabführungsvertrag wird das Unternehmensergebnis nach Steuern von 39,3 Mio. € (Vorjahr 52,9 Mio. €) nach Leistung einer Ausgleichszahlung an den Minderheitsaktionär vollständig an die WVV Wiesbaden Holding GmbH abgeführt.

Finanzlage

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit verzeichnete im Berichtsjahr einen deutlichen Anstieg um 36,3 Mio. € auf 60,7 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen auf die deutliche Abnahme der Forderungen sowie den Anstieg der Rückstellungen zurückzuführen.

Aus der Investitionstätigkeit ergab sich ein Mittelzufluss in Höhe von 3,5 Mio. € (Vorjahr 0,5 Mio. €). Die Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit reduzierten sich leicht auf 62,6 Mio. € (Vorjahr 66,0 Mio. €). Dieser Anstieg resultiert aus der geringeren Gewinnabführung (einschließlich Ausgleichszahlung) an die Anteilseigner.

Bei einem positiven Gesamt-Cashflow in Höhe von 1,6 Mio. € verfügt das Unternehmen zum 31. Dezember 2016 über einen Finanzmittelfonds von 9,0 Mio. € (Vorjahr 7,4 Mio. €).

Der Bestand an Darlehensverbindlichkeiten wurde in den letzten Jahren sukzessive zurückgeführt. Laufende Instandsetzungsmaßnahmen und Investitionen wurden aus der im Unternehmen vorhandenen Liquidität finanziert. Durch planmäßige Tilgungen in Höhe von 5,4 Mio. € beträgt der Darlehensstand zum 31. Dezember 2016 einschließlich Zinsabgrenzung 76,6 Mio. € (Vorjahr 82,1 Mio. €). Der Zinsaufwand ging durch die vorgenommenen Tilgungen sowie günstigere Refinanzierungskonditionen von 3,6 Mio. € im Vorjahr auf 2,9 Mio. € zurück.

Die Zahlungsfähigkeit der ESWE Versorgung war während des ganzen Jahres uneingeschränkt gegeben. Zudem bestehen zugesagte, aber nicht genutzte Kreditlinien in Höhe von 33,0 Mio. €.

Das Eigenkapital und das langfristig verfügbare Fremdkapital in Höhe von insgesamt 193,6 Mio. € (Vorjahr 199,3 Mio. €) decken das Anlagevermögen zu 71,5 % (Vorjahr 74,5 %).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 342,8 Mio. € um 4,1 Mio. € auf 338,7 Mio. € geringfügig reduziert. Auf der Aktivseite hat sich das Sachanlagevermögen bei Zugängen in Höhe von 14,0 Mio. € und Abschreibungen von 12,3 Mio. € um 1,4 Mio. € leicht erhöht.

Das Finanzanlagevermögen erhöhte sich um 0,7 Mio. € auf 133,8 Mio. €. Neben der Erhöhung der Beteiligung an der THEE GmbH & Co. KG erfolgten die Kapitaleinzahlungen auf die Beteiligungen an der Windkraft Kahlenberg GmbH & Co. KG und an der Windpark Bad Camberg GmbH & Co. KG. Die Beteiligung an der ESWE BioEnergie GmbH wurde um 1,5 Mio. € wertberichtigt.

Im Umlaufvermögen haben sich die sonstigen Vermögensgegenstände um 11,1 Mio. € auf 2,0 Mio. € reduziert. In den Vorjahreszahlen waren Erstattungsansprüche aus zu viel geleisteten Vorauszahlungen auf Energiesteuern in Höhe von 9,5 Mio. € enthalten. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich demgegenüber von 22,9 Mio. € auf 25,4 Mio. € erhöht.

Die Guthaben bei Kreditinstituten zum Bilanzstichtag haben sich aufgrund des positiven Gesamt-Cashflows auf 9,0 Mio. € (Vorjahr 7,4 Mio. €) erhöht.

Auf der Passivseite ergab sich eine Erhöhung der Rückstellungen um 8,2 Mio. € auf 69,5 Mio. €. Dies ist vor allem durch die Aufstockung der in den Vorjahren gebildeten Rückstellung wegen angeblich überhöhter Wasserpreise verursacht. Dem gegenüber konnten Rückstellungen aus energiewirtschaftlichen Risiken aufgrund neuer Rechtsprechung bzw. eingetretener Verjährung aufgelöst werden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich durch die planmäßige Tilgung in Höhe von 5,3 Mio. € von 83,1 Mio. € auf

77,8 Mio. € reduziert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, haben sich von 22,6 Mio. € auf 18,4 Mio. € reduziert.

Das Eigenkapital beträgt unverändert 116,6 Mio. €. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich infolge der gesunkenen Bilanzsumme auf 34,4 % (Vorjahr: 34,0 %).

Durch den Ergebnisabführungsvertrag mit der WVV Wiesbaden Holding GmbH wird das Jahresergebnis nach Ausgleichszahlung an den Minderheitsgesellschafter bereits bei der Bilanzerstellung als Verbindlichkeit gegenüber den Gesellschaftern eingestellt. Die Verbindlichkeiten aus dem Ergebnisabführungsvertrag wurden wie im Vorjahr von den Forderungen gegen die WVV Wiesbaden Holding in Abzug gebracht.

Erläuterungen zu den Tätigkeitsbereichen gemäß § 6b Abs. 7 S.4 EnWG

Mit notariellem Vertrag vom 30. Dezember 2015 hat die ESWE Versorgung die Anlagen der Stromversorgung vollständig auf die sw netz GmbH übertragen. Gleichzeitig wurde der bisherige Pachtvertrag zwischen den beiden Gesellschaften beendet. Somit werden ab dem Jahr 2016 alle Tätigkeiten der Elektrizitätsverteilung direkt in der sw netz GmbH abgewickelt.

Gemessen am Gesamtumsatz des Gassektors von 136,6 Mio. € ist der Umsatz im Tätigkeitsbereich Gasverteilung von rund 38,9 Mio. € im Berichtsjahr von geringer Bedeutung.

Der Tätigkeitsbereich Gasverteilung erzielte im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss von 7,1 Mio. € (Vorjahr: 4,5 Mio. €) vor interner Ergebnisabführung

Die Bilanzsumme der Tätigkeit Gasverteilung steuert mit 36,4 Mio. € einen Anteil von 59,0 % zur Bilanzsumme des Gassektors der ESWE Versorgungs AG bei. Die Investitionen in die Netzinfrastruktur der Gasverteilung beliefen sich im Berichtsjahr auf 3,3 Mio. €.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Im neuen Energiekonzept der Bundesregierung ist festgeschrieben, dass bis zum Jahr 2050 die Treibhausgasemissionen um mindestens 80 % gegenüber 1990 gesenkt, der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung auf mindestens 80 % gesteigert und der Primärenergieverbrauch um die Hälfte gegenüber dem Niveau von 2008 reduziert werden.

Der Klimaschutzplan legt erstmals klare Zielwerte für die drei Sektoren der Energiewirtschaft fest. Durch die Sektorkopplung sollen die Bereiche Elektrizität, Wärmeversorgung und Verkehr gekoppelt, also gemeinsam optimiert werden. Bisher werden die Sektoren weitgehend unabhängig voneinander betrachtet. Da die Sektorkopplung Synergieeffekte insbesondere bei der Integration von hohen Anteilen erneuerbarer Energien ermöglicht, wird sie als Schlüsselkonzept der Energiewende und dem Aufbau von Energiesystemen mit 100 % erneuerbarer Energien betrachtet.

Das Jahr 2016 war geprägt durch zahlreiche neue energiewirtschaftliche Gesetze bzw. Vorschriften, die erhebliche Auswirkungen auf die Marktteilnehmer haben. Beispielsweise seien hier das Gesetz zur Weiterentwicklung des Strommarktes (Strommarktgesetz), die EEG-Novelle, die KWK-Novelle, die Verordnung zur Bestimmung kritischer Infrastrukturen nach dem BSI-Gesetz (Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik), die Novellierung der Anreizregulierungsverordnung, das Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze sowie die Digitalisierung der Energiewende mit dem neuen Messstellenbetriebsgesetz genannt.

Diese Regelungen führen bei den Energieversorgern zunächst zu einem erheblichen zeitlichen und auch kostenintensiven Umsetzungsaufwand. Allerdings ergeben sich neben weitere Risiken für die Branche auch zahlreiche Chancen.

Mit dem Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende wurden die Voraussetzungen für die Anwendung von Smart Metern und anderen digitalen Technologien geschaffen. 2017 beginnt die schrittweise Einführung intelligenter Messsysteme zunächst bei Großverbrauchern.

In der Novellierung der Anreizregulierung, die insbesondere das Ziel verfolgt, das deutlich veränderte energiewirtschaftliche Umfeld für Netzbetreiber abzubilden sowie die Investitionsbedingungen zu verbessern, sehen wir durch weitere Verschärfungen und der Absenkung der Eigenkapitalzinssätze das größte Risikopotential für unser Unternehmen.

Den nach wie vor ausgesprochen heftigen Wettbewerb im Privat- und Geschäftskundenbereich gestalten wir mit unseren Vertriebsaktivitäten weiterhin sehr positiv. Unser strategisches Ziel, außerhalb Wiesbadens genauso viele Kunden mit Strom zu versorgen wie in unserem Stammgebiet, hatten wir letztes Jahr bereits realisiert. Diesen Erfolg führen wir vor allem auf ein gutes Preis-Leistungsverhältnis und faire Vertragsbedingungen zurück. Wir bauen auf guten Service und nicht auf eine aggressive Preispolitik. Grundlage für den bundesweiten Vertriebs Erfolg ist aber auch eine konsequente Digitalisierung der Wechselprozesse. Diese laufen vollautomatisch über Kundenportale, die Preise werden postleitzahlscharf ausgewiesen. Auch mit unseren bundesweit vertriebenen Gasprodukten verzeichnen wir erfreuliche Zuwachsraten, die uns optimistisch für die Zukunft stimmen.

Besonderes Augenmerk legen wir darauf, die neu gewonnenen Kunden auch längerfristig zu binden. Der Anker unseres Vertriebsgeschäfts bleibt jedoch die Kundenbindung im Stammgebiet. Langjährige Kunden werden beispielsweise mit Treueprämien belohnt.

Mit vielen neuen Produkten wollen wir das Kundeninteresse wecken und dabei unsere Stärken wie vor allem unsere regionale Präsenz und unsere große Nähe zu unseren Kunden dokumentieren. ESWE Versorgung steht seit mehr als 85 Jahren als mehrheitlich kommunales Unternehmen in Wiesbaden und der Region für eine verlässliche, kompetente und kundenorientierte Energieversorgung. Das aktive Engagement für den Klima- und Umweltschutz ist hierbei für uns eine Selbstverständlichkeit.

Auf der Suche nach neuen Geschäftsfeldern stehen für ESWE innovative Entwicklungen insbesondere in den Bereichen Digitalisierung, Vernetzung und dezentrale Erzeugung im Fokus. Bereits seit einigen Jahren haben wir uns mit diesen Themen auseinander gesetzt und entwickeln derzeit in fachbereichsübergreifenden Teams mögliche Geschäftsideen.

Nach wie vor messen wir dem Ausbau erneuerbarer Energien eine strategische Schlüsselrolle zu. Allerdings bleibt nach der Ablehnung der Genehmigung unseres Windparkprojekts auf dem Taunuskamm die weitere Entwicklung abzuwarten. Da wir die von der Behörde vorgetragenen Ablehnungsgründe nicht teilen, haben wir Rechtsmittel gegen den Ablehnungsbescheid eingelegt. Mit einer Entscheidung des Gerichts wird noch im Laufe des Jahres 2017 gerechnet.

Mit der seit Beginn 2017 geltenden EEG Novelle erfolgt die Förderung für Windenergieanlagen nicht mehr über festgelegte, über 20 Jahre gesicherte, Einspeisetarife, sondern über Ausschreibungen. Die Ausschreibung gewinnt derjenige, der die Anlagen für das niedrigste Entgelt errichtet und betreibt. Um den Zubau besser mit dem Stromnetzausbau zu verzahnen, wird daneben der Zubau von Windenergie übergangsweise begrenzt. Dadurch steigt das Projektentwicklungsrisiko deutlich und die bisherige Planungssicherheit der Einspeisevergütung entfällt. Diese Unsicherheit wird die Windbranche massiv verändern. Nach der Genehmigung nach BImSchG kommt die Ausschreibungsphase. Hier müssen Investoren schätzen, mit welchem Preis sie eine Chance auf den Zuschlag haben können. Sie haben zu diesem Zeitpunkt schon erhebliche Aufwendungen für die Projektentwicklung realisiert, wissen aber nicht, ob sie letztlich den Zuschlag erhalten. Dadurch erhalten Windparkprojekte künftig ein deutlich höheres Risikopotential.

Das durch unsere Tochtergesellschaft, der ESWE BioEnergie GmbH, 2014 in Betrieb genommene Biomasseheizkraftwerk (BMHKW) leidet nach wie vor unter dem Strompreisverfall der letzten Jahre. Hierdurch wird ersichtlich, dass durch die Verwerfungen nicht nur konventionelle Kraftwerke, sondern auch umweltfreundliche Erzeugungsanlagen, die nicht durch das EEG subventioniert werden, Probleme bereiten, wirtschaftlich betrieben zu werden. Das Jahresergebnis 2016 weist daher abermals einen Fehlbetrag aus. Durch Optimierungen im Betrieb und vor allem durch den angestrebten Ausbau der Fernwärme rechnen wir jedoch mittelfristig mit leicht positiven Ergebnissen bei der ESWE BioEnergie.

Die hessische Landeskartellbehörde hat uns gegen Ende des Jahres 2016 eine „Abschöpfungsverfügung“ wegen angeblich missbräuchlich überhöhter Wasserpreise in den Jahren 2007 bis 2011 über 46,3 Mio. € zugestellt. Gegen diese Verfügung haben wir fristgerecht Beschwerde eingelegt, da wir die Verfügung sachlich als ungerechtfertigt ansehen und darüber hinaus die potentiellen Ansprüche weitgehend verfristet sind. Aus Gründen der kaufmännischen Vorsicht haben wir im Jahresabschluss 2016 die in den Vorjahren vorgenommene und sukzessiv abgeschmolzene Rückstellung wieder aufgestockt.

Gemeinsam mit dem Umweltamt der Landeshauptstadt Wiesbaden planen wir derzeit die Erstellung eines Elektromobilitätskonzeptes für Wiesbaden. Ziel dieses Konzeptes ist es, den Gehalt an giftigen Luftschadstoffen wie Stickstoffdioxid und Feinstaub, aber auch den Verkehrslärm in Wiesbaden deutlich zu verringern. Mit knapp 25 % hat der Verkehr einen erheblichen Anteil an den CO²-Emissionen in Wiesbaden. Als zentraler Baustein wird ein Ladeinfrastrukturkonzept erarbeitet, das am prognostizierten Bedarf der nächsten fünf bis fünfzehn Jahre ausgerichtet sein soll.

Die Wirtschafts- bzw. Mittelfristplanung für die Jahre 2017 bis 2021 sieht für die ESWE Versorgungs AG weiterhin ausgesprochen stabile Ergebnisse vor. Schwierige politische Rahmenbedingungen, weiterhin zunehmender Regulierungsdruck sowie steigender Wettbewerb beeinflussen zumindest mittelfristig die Wirtschaftlichkeit. Wir sehen uns jedoch ausreichend gerüstet und streben an, aus den Chancen, die sich ergeben, tatsächlich neue wirtschaftliche Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Für das Jahr 2017 plant die Gesellschaft mit einem gegenüber dem Jahr 2016 leicht verbesserten Unternehmensergebnis vor Steuern in Höhe von 43,1 Mio. €. Das Unternehmensergebnis vor Ausgleichszahlung und Ergebnisabführung 2017 ist mit 39,8 Mio. € geplant.

Im Stromabsatz gehen wir wettbewerbsbedingt auch 2017 von rückläufigen Absatzmengen in Wiesbaden aus. Im externen Stromvertrieb rechnen wir mittelfristig mit einem leichten Anstieg der Absatzmengen. Ähnlich dieser Entwicklung rechnen wir auch beim Gasvertrieb mit einem sukzessiven Kundenverlust im eigenen Versorgungsgebiet bei gleichzeitigem Ausbau der Neukundengewinnung in fremden Gebieten. Im Wärmebereich planen wir durch den weiteren Ausbau mit leicht steigenden Absatzmengen.

Das betriebliche Ergebnis 2017 wird gemäß unserer Planungen insbesondere durch erhöhten Instandhaltungsaufwand, zu erwartende Tarifsteigerungen im Personalbereich sowie durch geringere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen auf 24,0 Mio. € zurückgehen. Das Beteiligungsergebnis wird sich dagegen auf 22,0 Mio. € erhöhen. Hierfür ist insbesondere die Verbesserung des Ergebnisses der sw netz GmbH durch die im Vorjahr vorgenommene Stromnetzübertragung verantwortlich.

Im Wirtschaftsplan 2017 sind Investitionen in Sachanlagen von 33,6 Mio. €, im Wesentlichen für Versorgungsnetze bzw. den Fernwärmeausbau in der Innenstadt, vorgesehen.

Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten

ESWE Versorgungs AG ist im Rahmen der Verwendung von Finanzinstrumenten, die insbesondere die von der Gesellschaft ausgereichten Kredite und Forderungen sowie die Darlehen bei Kreditinstituten betreffen, grundsätzlich im Wesentlichen Zinsänderungsrisiken und Ausfallrisiken ausgesetzt.

Das Ausfallrisiko aus finanziellen Vermögenswerten besteht in der Gefahr des Ausfalls eines Vertragspartners und daher maximal in Höhe der positiven Zeitwerte der Forderungen gegen den jeweiligen Kontrahenten. Dieses Risiko wird bei der ESWE Versorgungs AG als nicht wesentlich eingestuft, da Geldanlagen nur an Kontrahenten einwandfreier Bonität erfolgen. Kredite werden derzeit nur im Rahmen der Konzernfinanzierung an verbundene Unternehmen vergeben.

Dem Risiko des Ausfalls von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen tragen wir durch ein aktives Forderungsmanagement sowie

die Bildung von entsprechenden Wertberichtigungen Rechnung.

Für die aufgenommenen Darlehensverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten besteht das Risiko steigender Marktzinsen. Das Zinsänderungsrisiko ist jedoch durch Vereinbarungen langfristiger Zinsbindungsfristen deutlich vermindert. Zinssteigerungsrisiken bei Auslaufen der vereinbarten Zinsbindungen werden im Rahmen der langfristigen Finanzplanung durch den Abschluss von Zinssicherungsgeschäften frühzeitig minimiert. Hierbei erfolgt eine ständige Beobachtung des Geld- und Kapitalmarktes. Künftige Kapitalbedarfe werden frühzeitig ermittelt und im Rahmen des aktiven Zinsmanagements, welches wir in den letzten Jahren sukzessive ausgebaut haben, gedeckt.

Zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken aus bestehenden Darlehensverträgen wurden Zinsswapgeschäfte abgeschlossen. Diese haben insgesamt ein Volumen von 19,8 Mio. €. Die Sicherungsgeschäfte sind in das bestehende Risikomanagementsystem eingebunden und haben aufgrund der Zinsentwicklung zum Bilanzstichtag einen negativen Marktwert von 3,7 Mio. €.

Risikomanagement

Das bei der ESWE Versorgungs AG implementierte Risikomanagementsystem entspricht den gesetzlichen Anforderungen durch das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG).

Als grundlegendes Instrumentarium für das Risikomanagementsystem sind im internen Datennetz des Unternehmens ein Handbuch verfügbar sowie Risikobeauftragte benannt. Das nach Bewertung der Risikoinventur erstellte Risikoportfolio für das Unternehmen wird regelmäßig fortgeschrieben und ist Bestandteil des Controllingberichtsystems. Hier erfolgt die regelmäßige Information von Vorstand und Unternehmensbereichen sowie im Rahmen eines kontinuierlichen Prozesses der Anstoß von Maßnahmen zur Risikofrüherkennung. Zur Steuerung der Risiken hat das Unternehmen Maßnahmen ergriffen, die im Wesentlichen neben dem Einsatz interner und externer Fachleute ein umfangreiches technisches Regelwerk, die Zertifizierung von Unternehmensbereichen sowie einen umfassenden Versicherungsschutz, Führungsleitsätze und ein internes Kontrollsystem umfassen.

Darüber hinaus ist für die Energiebeschaffung ein Risikokomitee implementiert, welches aus dem Vorstand sowie den für das interne Kontrollsystem zuständigen Bereichsleitern besteht und die Sicherstellung einer geschlossenen Umsetzung der vorgegebenen Beschaffungsstrategie und Risikopolitik zur Aufgabe hat.

Die Entwicklung der Beteiligungserträge birgt für uns Chancen aus zukünftig steigenden Ergebnisbeiträgen und Risiken aus negativer Entwicklung der Beteiligungen. Dem Risiko wird durch eine laufende Überwachung der Geschäftsentwicklung durch das Beteiligungscontrolling Rechnung getragen, sodass bei negativer Entwicklung frühzeitig Gegenmaßnahmen zur Risikominimierung eingeleitet werden können.

Mit dem Bestehen eines für alle Beschäftigten und Führungskräfte verbindlichen Verhaltenskodexes werden unsere Bestrebungen, Risiken für das Unternehmen möglichst frühzeitig zu erkennen und professionell damit umzugehen, effektiv unterstützt. Um steuerliche Risiken frühzeitig erkennen zu können, befindet sich derzeit ein Tax Compliance System im Aufbau.

Die Bewertung des Risikoszenarios kommt insgesamt zu dem Ergebnis, dass durch die ergriffenen Steuerungsmaßnahmen sowohl im Berichtsjahr als auch für die Zukunft keine Risiken erkennbar sind, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden.

Erklärung zur Unternehmensführung

Das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen ist am 1. Mai 2015 in Kraft getreten. ESWE Versorgung ist als der Mitbestimmung unterliegendes Unternehmen danach verpflichtet, Zielgrößen für den Frauenanteil festzulegen. Bei der Festlegung dürfen die Zielgrößen den jeweils erreichten Anteil nicht mehr unterschreiten. Der Vorstand hat demnach für die beiden obersten Führungsebenen fristgerecht für den gesetzlich festgelegten Betrachtungszeitraum bis 30. Juni 2017 eine Frauenquote von 15 % festgelegt. Aktuell liegt der Anteil der Frauen in den beiden obersten Führungsebenen bei 13,15 %.

Dem Aufsichtsrat obliegt die Verpflichtung, Zielgrößen für den Frauenanteil im Aufsichtsrat und im Vorstand festzulegen. Aktuell beträgt der Frauenanteil im Aufsichtsrat 22,22 %, der Vorstand besteht aus 2 Männern. Da sowohl der Aufsichtsrat als auch die Vorstandsmitglieder über den Betrachtungszeitraum bis 30. Juni 2017 hinaus bestellt sind, wurden Zielgrößen von 0 % für den Vorstand und 22,22 % für den Aufsichtsrat festgelegt.

Wiesbaden, 30. Mai 2017

ESWE Versorgungs AG

Der Vorstand

Schodlok

Höhler

Bilanz zum 31. Dezember 2016

AKTIVA

		T€	T€
A. Anlagevermögen	(1)		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		1.495	774
II. Sachanlagen		135.293	133.865
III. Finanzanlagen		133.801	133.107
		270.589	267.746
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	(2)	3.018	2.721
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(3)	55.356	64.298
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		8.951	7.350
		67.325	74.369
C. Rechnungsabgrenzungsposten		826	650
		338.740	342.765

PASSIVA

	Anhang	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
A. Eigenkapital	(4)		
I. Gezeichnetes Kapital		66.013	66.013
II. Kapitalrücklage		25.426	25.426
III. Gewinnrücklagen		25.131	25.131
IV. Jahresergebnis		0	0
		116.570	116.570
B. Empfangene Ertragszuschüsse		18.450	18.652
C. Rückstellungen	(5)	69.511	61.360
D. Verbindlichkeiten	(6)	134.208	146.183
E. Rechnungsabgrenzungsposten		1	0
		338.740	342.765

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	Anhang	2016 T€	2015 T€
1. Umsatzerlöse	(10)	381.722	407.332
2. Veränderung des Bestands an unfertigen Leistungen		-68	-85
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	(11)	1.504	1.416
4. Sonstige betriebliche Erträge	(12)	9.908	17.489
5. Materialaufwand	(13)	261.202	283.939
6. Personalaufwand	(14)	44.828	42.658
7. Abschreibungen	(15)	12.698	16.279
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(16)	42.708	33.438
9. Betriebliches Ergebnis		31.630	49.838
10. Beteiligungsergebnis	(17)	13.286	10.701
11. Zinsergebnis	(18)	-2.613	-3.672
12. ERGEBNIS VOR STEUERN		42.303	56.867
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(19)	2.714	3.593
14. ERGEBNIS NACH STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG		39.589	53.274
15. Sonstige Steuern	(20)	338	350
16. UNTERNEHMENSERGEBNIS		39.251	52.924
17. Aufwendungen für Ausgleichszahlung	(21)	14.808	20.543
18. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags abgeführter Gewinn	(22)	24.443	32.381
19. JAHRESERGEBNIS		0	0

Anhang für das Geschäftsjahr 2016

Allgemeine Angaben

Die ESWE Versorgungs AG (ESWE Versorgung) hat ihren Sitz in Wiesbaden und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Wiesbaden unter HRB 2105.

Der Jahresabschluss entspricht den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches in der derzeit gültigen Fassung und des Aktiengesetzes. Es gelten gemäß § 267 Abs. 3 HGB die Bestimmungen für große Kapitalgesellschaften.

Die erstmalige Anwendung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) hat zu einer Änderung der Umsatzerlösdefinition geführt. Hieraus ergeben sich bei der Gesellschaft zwischen den Umsatzerlösen und den sonstigen betrieblichen Erträgen Verschiebungen, die grundsätzlich dazu führen, dass die Vorjahreszahlen der Umsatzerlöse nicht vergleichbar sind. Bei der Gesellschaft sind diese Verschiebungen jedoch von unwesentlicher Bedeutung. Bei Anwendung des § 277 Abs. 1 HGB in der Fassung des BilRUG hätten sich für das Vorjahr Umsatzerlöse in Höhe von 407,6 Mio. € ergeben.

Nach § 265 Abs. 7 Nr. 2 HGB wird in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung auf eine weitere Untergliederung der einzelnen Posten verzichtet. Die zusammengefassten Posten werden im Anhang gesondert ausgewiesen, da hierdurch die Klarheit der Darstellung vergrößert wird. Das Gliederungsschema der Bilanz ist gem. § 265 Abs. 5 und 6 HGB um Besonderheiten in der Versorgungswirtschaft erweitert. Darüber hinaus werden die Forderungen gegen die Landeshauptstadt Wiesbaden und deren Eigenbetriebe gesondert ausgewiesen.

Der Klarheit der Darstellung wegen sind auch die alternativ in Bilanz bzw. in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang auszuweisenden Davon-Vermerke im Anhang angegeben bzw. erläutert.

Der Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung liegt das Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB zugrunde.

Zwischen der WVV Wiesbaden Holding GmbH, die 50,62 % der Anteile an der Gesellschaft hält, und der ESWE Versorgung wurde mit notariellem Vertrag vom 17. Dezember 2010 ein Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen, der am 21. Dezember 2010 in das Handelsregister Wiesbaden eingetragen wurde. In dem Vertrag wurde vereinbart, dass an den Gesellschafter Thüga Aktiengesellschaft, der 49,38 % der Anteile hält, eine Ausgleichszahlung zu leisten ist.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind gegenüber dem Vorjahr weitgehend unverändert.

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten erfasst und werden linear nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Im Falle einer dauerhaften Wertminderung erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und -soweit abnutzbar- abzüglich planmäßiger Abschreibungen bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die Herstellungskosten umfassen neben den Einzelkosten auch Material- und Fertigungsgemeinkosten. Die Gemeinkosten werden auf Basis der bei normaler Beschäftigung und unter wirtschaftlichen Bedingungen anfallenden Kosten ermittelt. Zinsen auf Fremdkapital und Verwaltungskosten werden nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen die in den steuerlichen Abschreibungstabellen vorgegebenen Nutzungsdauern zu Grunde soweit die dort genannten Nutzungsdauern innerhalb der handelsrechtlich zulässigen Bandbreiten liegen.

Neben der linearen findet auch die degressive Abschreibungsmethode Anwendung. Ab dem 1. Januar 2010 werden alle abnutzbaren Anlagenzugänge nach der linearen Abschreibungsmethode abgeschrieben. Für Sachanlagen, die bereits zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 vorhanden waren und degressiv abgeschrieben wurden, wurde die degressive Abschreibung fortgeführt.

	Nutzungsdauern in Jahren
Immaterielle Vermögensgegenstände	
Entgeltlich erworbene Software	3 - 5
Grunddienstbarkeiten für Leitungswege	20 - 40
Sachanlagen	
Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3 - 50
Anlagen der Stromverteilung	20 - 33
Anlagen der Gasverteilung	20 - 40
Anlagen der Wasserverteilung	40
Anlagen der Fernmeldedienste	18 - 25
Anlagen der Nah- und Fernwärme	15 - 20
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 - 15

Abnutzbare Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 410 € werden seit 2011 im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben.

Bei den Finanzanlagen sind die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen zu Anschaffungskosten bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Verzinsliche Ausleihungen sind zum Nennwert, unverzinsliche zum Barwert angesetzt. Hierbei wurde ein Zinssatz von 5,5 % p.a. zugrunde gelegt.

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden zu durchschnittlichen fortgeschriebenen Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips nach dem Grundsatz der Einzelbewertung angesetzt. Bestandsrisiken aufgrund verminderter Verwertbarkeit oder

langer Lagerdauer wird durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen. Die unfertigen Leistungen werden in Höhe der Herstellungskosten (s.o.) bilanziert.

Bei den grundsätzlich zum Nennwert bilanzierten Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen wurden alle erkennbaren Risiken durch Bewertungsabschläge berücksichtigt. Darüber hinausgehende Ausfallrisiken werden bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen durch eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von unverändert 2 % des Nettoforderungsbestands berücksichtigt. Innerhalb der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und gegen verbundene Unternehmen sind sorgfältig ermittelte Schätzbeträge für die erst bei der Durchführung der Jahresabrechnung abrechnungsfähigen Verbrauchswerte erfasst. Erhaltene Abschlagszahlungen von Kunden sind damit verrechnet. Der Verbrauch von Vertriebspartnern, Großkunden und -soweit vertraglich vereinbart- von Geschäftskunden wird monatlich nach durchgeführter Zählerablesung abgerechnet, während der Verbrauch für die übrigen Geschäftskunden sowie für die Tarifkunden lediglich einmal jährlich (rollierende Jahresverbrauchsablesung) ermittelt und anschließend unter Anrechnung der unterjährig vereinnahmten Abschlagszahlungen abgerechnet wird. Aufgrund der rollierenden Ablesung liegen für diesen Teil der Kunden keine aktuellen Ablesedaten zum Bilanzstichtag vor. Dies führt zu der Notwendigkeit der Durchführung einer Jahresverbrauchsabgrenzung zum Bilanzstichtag auf der Grundlage der aktuellen Tarife und eines angenommenen Verbrauchsverhaltens. Die derart ermittelten Verbrauchsabgrenzungen betragen am Abschlussstichtag 114,9 Mio. € (Vorjahr 125,2 Mio. €). Von den so ermittelten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden die erhaltenen Abschlagszahlungen (108,5 Mio. €; Vorjahr 119,6 Mio. €) aktivisch abgesetzt.

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden bei Bestehen einer Aufrechnungslage im Sinne des § 387 BGB miteinander saldiert.

Die Guthaben bei Kreditinstituten werden zum Nennwert bewertet.

Die unter den empfangenen Ertragszuschüssen ausgewiesenen Baukostenzuschüsse, die bis zum 31. Dezember 2002 vereinnahmt wurden, werden mit 5 % des Ursprungswertes aufgelöst. Die Baukostenzuschüsse, die in der Zeit vom 1. Januar 2003 bis 31. Dezember 2009 vereinnahmt wurden, wurden von den ursprünglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten aktivisch abgesetzt. Die seit dem Geschäftsjahr 2010 vereinnahmten Baukostenzuschüsse werden wieder als Passivposten gezeigt und über den Zeitraum ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer aufgelöst.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren ungewissen Verbindlichkeiten sowie sonstige Risiken. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages bemessen.

Bei der Rückstellungsbewertung werden zukünftige Preis- und Kostensteigerungen mit einbezogen. Ferner werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr grundsätzlich mit einem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Geschäftsjahre, der von der Deutschen Bundesbank veröffentlicht wird, abgezinst.

Rückstellungen für Pensionen wurden gemäß § 249 Abs. 1 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 HGB ermittelt und beruhen auf versicherungsmathematischen Werten, die unter Anwendung der Projected Unit Credit Method (PUCM) auf Basis der Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck ermittelt wurden. Es wird wie im Vorjahr eine pauschale Rentensteigerung von 2 % p.a. sowie eine Einkommenssteigerung von 2 % p.a. unterstellt. Zum 31. Dezember 2016 ergab sich unter Berücksichtigung eines Rechnungszinses im Durchschnitt der letzten 10 Jahre ein Erfüllungsbetrag von 8.633 T€. Der zu ermittelnde Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB unter Berücksichtigung eines Rechnungszinses im Durchschnitt der letzten 7 Jahre beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 627 T€. Der laufende Zinsaufwand sowie der Effekt aus der Änderung des Zinssatzes (4,01 % p.a.; Vorjahr 3,89 % p.a.) sind im Zinsergebnis des laufenden Jahres ausgewiesen. Es wird eine pauschale Restlaufzeit der Verpflichtungen von 15 Jahren angenommen.

Für die Arbeitnehmer der ESWE Versorgung besteht aufgrund der arbeitsvertraglichen Regelungen zudem eine mittelbare Pensionsverpflichtung im Zusammenhang mit dem Sanierungsbeitrag zur Zusatzversorgungskasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände Wiesbaden, die nach Art. 28 Abs. 1 EGHGB zu einem Passivierungswahlrecht führt. Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 wurde, wie in Vorjahren, von einer Passivierung wegen der Probleme bei der Ermittlung des Rückstellungsbetrages abgesehen. Wesentliche Einflussfaktoren für die Verpflichtungshöhe sind der seit dem 1. Januar 2010 geltende Umlagensatz zum Sanierungsgeld von 2,3 % p.a. und die Zusatzumlage von 9 % p.a. für die Bemessungsgrundlage der Umlage in Höhe von 31.937 T€, die im Geschäftsjahr 2016 zu einer Sanierungsgeldzahlung in Höhe von 729 T€ geführt hat.

Die Altersteilzeitrückstellungen wurden gemäß § 249 Abs. 1 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 HGB ermittelt. Unter Verwendung eines Abzinsungssatzes gemäß RückAbzinsV und einer zugrunde gelegten Einkommenssteigerung von 2,0 % p.a. ergab sich zum Bilanzstichtag ein Erfüllungsbetrag von 637 T€. Der laufende Zinsaufwand sowie der Effekt aus der Aufzinsung (Zinssatz 1,59 % p.a.; Vorjahr 2,02 % p.a.) sind im Zinsergebnis des laufenden Jahres ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben bzw. Einnahmen erfasst, die Aufwand bzw. Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Erläuterungen zur Bilanz

(1) Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist dem als Anlage zum Anhang beigefügten Anlagenspiegel zu entnehmen.

Angaben zum Anteilsbesitz nach § 285 Nr. 11 HGB:

Name und Sitz der Gesellschaft	Kapital-Anteil %	Eigenkapital	Jahresergebnis
		31.12.2016 T€	2016 T€
1) Anteile an verbundenen Unternehmen			
ESWE Windpark GmbH, Wiesbaden	100,0	15	2
ESWE Windpark Uettingen GmbH & Co. KG, Wiesbaden	100,0	2.991	- 76
Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH, Wiesbaden ¹	100,0	28.631	0
ESWE BioEnergie GmbH, Wiesbaden	90,0	8.560	- 1.440
ESWE Taunuswind GmbH, Wiesbaden ²	100,0	79	0
Wiesbadener Informations- und Telekommunikationsgesellschaft mbH, Wiesbaden	100,0	4.836	1.155
2) Beteiligungen			
Kraftwerke Mainz-Wiesbaden Aktiengesellschaft, Mainz	50,0	298.421	18.264
Windkraft Kahlenberg GmbH & Co.KG, Wiesbaden ³	50,0	2.764	- 108
Windpark Bad Camberg GmbH & Co. KG ³	33,33	3.329	- 493
THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co. KG, Hamburg	33,33	15.236	- 1.219
THEE ESWE Windparkbeteiligungs Verwaltungs GmbH, Hamburg	33,33	26	1

¹ Mit dieser Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag (EAV)

² Nach freiwilliger Ergebnisübernahme durch die Gesellschafterin (kein EAV)

³ Jahresabschlüsse liegen für 2016 noch nicht vor, Angaben beziehen sich auf das Jahr 2015

Aufgrund einer dauerhaften Wertminderung wurde der Beteiligungsbuchwert an der ESWE BioEnergie GmbH, an der die ESWE Versorgungs AG 90 % der Anteile hält um 1.500 T€ abgeschrieben.

Im Geschäftsjahr 2016 hat die ESWE Versorgung ihren Anteil an der THEE KG im Rahmen von zwei Kapitalerhöhungen um insgesamt 1.538 T€ erhöht.

Mit notariellem Verschmelzungsvertrag vom 11. August 2016 wurde die Wiesbadener Windpark-Entwicklungs GmbH, Wiesbaden, (WWE) mit Wirkung zum 1. Januar 2016 auf die ESWE Versorgungs AG verschmolzen. Die Vermögensübertragung erfolgte als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten gemäß § 2 Nr. 1 UmwG. Die Verschmelzung wurde am 16. August 2016 in das Handelsregister Wiesbaden eingetragen. Die Vermögensgegenstände und Schulden wurden zu Buchwerten übernommen und die mit den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der ESWE Versorgung übereinstimmenden Methoden wurden fortgeführt. Ein Buchgewinn oder Buchverlust ergab sich dabei nicht.

(2) Vorräte

Bei dem Ausweis handelt es sich um Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 3.002 T€ (Vorjahr 2.637 T€) sowie unfertige Leistungen in Höhe von 16 T€ (Vorjahr 84 T€).

(3) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	133.934	142.493
./. Abschlagszahlungen	108.502	119.556
	25.432	22.937
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	23.400	22.606
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.536	2.174
Forderungen gegen die Landeshauptstadt Wiesbaden und deren Eigenbetriebe	2.976	3.421
Sonstige Vermögensgegenstände	2.012	13.160
	55.356	64.298

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.034	6.007
davon gegen die Gesellschafterin	(135)	(1.000)
Forderungen aus kurzfristigen Ausleihungen	4.100	16.480
davon gegen die Gesellschafterin	(0)	(0)
Forderungen aus Ergebnisübernahme	232	186
davon gegen die Gesellschafterin	(0)	(0)

	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€
Forderungen aus anrechenbaren Steuern	20.265	17.475
davon gegen die Gesellschafterin	(20.265)	(17.475)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.010	660
davon gegen die Gesellschafterin	(0)	(0)
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen	2.778	0
davon gegen die Gesellschafterin	(0)	(0)
Verbindlichkeiten aus Ergebnisabführung und Steuerumlage sowie Verlustausgleich	4.443	16.882
davon gegen die Gesellschafterin	(4.443)	(7.381)
	23.400	22.606

Die Forderungen gegen die Landeshauptstadt Wiesbaden und deren Eigenbetriebe bestehen ausschließlich aus kurzfristigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus der Verpachtung des Wassernetzes, der Lieferung von Wasser sowie aus der Erbringung von Dienstleistungen an die Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (WLW) in Höhe von 2.758 T€ (Vorjahr 3.194 T€).

Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen Zinsforderungen in Höhe von 1.446 T€ (Vorjahr 853 T€). Darüber hinaus sind unverändert Liefer- und Leistungsforderungen enthalten.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten Forderungen aus noch nicht abzugsfähiger Vorsteuer in Höhe von 864 T€ (Vorjahr 2.284 T€), die rechtlich erst nach dem Abschlussstichtag entstanden sind.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen sind 23 T€ (Vorjahr 113 T€) enthalten, die eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben. Die übrigen Forderungen haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

(4) Eigenkapital

Das Grundkapital wird zum 31. Dezember 2016 unverändert gehalten von der WVV Wiesbaden Holding GmbH (50,62 % ö 33.412.556,00 €) sowie von der Thüga Aktiengesellschaft, München (49,38 % ö 32.600.000,00 €). Das Grundkapital ist wie folgt in 20 Namensaktien mit unterschiedlichen Nennbeträgen aufgeteilt.

			€	€
7	Namensaktien	zu	2.050.000	14.350.000
2	Namensaktien	zu	1.700.000	3.400.000
1	Namensaktie	zu	2.900.000	2.900.000
2	Namensaktien	zu	4.100.000	8.200.000
1	Namensaktie	zu	9.250.000	9.250.000
1	Namensaktie	zu	5.200.000	5.200.000
1	Namensaktie	zu	6.200.000	6.200.000
1	Namensaktie	zu	2.600.000	2.600.000
1	Namensaktie	zu	5.200.000	5.200.000
1	Namensaktie	zu	7.700.000	7.700.000
1	Namensaktie	zu	500.000	500.000
1	Namensaktie	zu	512.556	512.556
				66.012.556

Die Gewinnrücklagen setzen sich unverändert wie folgt zusammen:

	T€
Gesetzliche Rücklage	6.601
Andere Gewinnrücklagen	18.530
	25.131

Innerhalb der anderen Gewinnrücklagen wird der aufgrund des Konsortialvertrages vom 5. Februar 2001 gebildete "Fonds für Innovationen, Klima- und Wasserschutz" in Höhe von 5.917 T€ ausgewiesen. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags erfolgen seit dem Geschäftsjahr 2010 keine planmäßigen Einstellungen in den bzw. Entnahmen aus dem Fonds.

Die Gesellschafter haben ihre Beteiligungsverhältnisse gemäß § 20 AktG der Gesellschaft mitgeteilt.

Die Mitteilung der ehemaligen Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH (heute WVV Wiesbaden Holding GmbH) vom 21. Mai 2001 wurde von der Gesellschaft im Bundesanzeiger Nr. 109 vom 16. Juni 2001 mit folgendem Wortlaut bekannt gemacht:

„Die Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH, deren Anteile zu 100 % die Landeshauptstadt Wiesbaden hält, hat uns mitgeteilt, dass sie am 21. Mai 2001 mehr als den vierten Teil der Aktien an der ESWE Versorgungs AG, nämlich 50,62 % aller Aktien, im Eigentum hat.“

Die Mitteilung der Thüga Aktiengesellschaft vom 9. Dezember 2009 wurde von der Gesellschaft im elektronischen Bundesanzeiger vom 17. Dezember 2009 mit folgendem Wortlaut bekannt gemacht:

“Die Thüga Holding GmbH & Co. KGaA zu München, vertreten durch die Thüga Management GmbH, ebenda, hat uns gemäß § 20 Abs. 1 AktG mitgeteilt, dass ihr mehr als der vierte Teil der Aktien an unserem Unternehmen gehören.“

(5) Rückstellungen

	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€
Rückstellungen für Pensionen	8.633	8.890
Steuerrückstellungen	1.968	1.968
Sonstige Rückstellungen	58.910	50.502
	69.511	61.360

Die sonstigen Rückstellungen betreffen vorwiegend den Personalbereich (7.065 T€), Netzentgelte (4.899 T€), Wechselboni und Abrechnungsverpflichtungen (3.413 T€), ausstehende Energierechnungen und EEG- und KWK-G-Abrechnungen (767 T€), drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (10.583 T€) sowie Rückzahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Wasserkartellverfahren (23.100 T€).

(6) Verbindlichkeiten

	Stand 31.12.2016	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	Stand 31.12.2015	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr
	T€	T€	T€	T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	77.760	7.120	83.123	7.071
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	21.593	21.593	23.439	23.439
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	8.447	8.447	10.110	10.110
davon aus Lieferungen und Leistungen	0	0	(7.869)	(7.869)
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	18.403	18.403	22.556	22.556
davon gegenüber Gesellschafter	(15.282)	(15.282)	(20.528)	(20.528)
davon aus Lieferungen und Leistungen	(3.595)	(3.595)	(2.014)	(2.014)
5. Sonstige Verbindlichkeiten	8.005	8.005	6.955	6.955
davon aus Steuern	(7.430)	(7.430)	(5.701)	(5.701)
	134.208	63.568	146.183	70.131

Eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren besteht:

	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€
Zu Pos. 1 in Höhe von	49.939	55.235

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 64.805 T€ durch modifizierte Ausfallbürgschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden abgesichert. An die Landeshauptstadt Wiesbaden waren hierfür im Jahr 2016 Avalgebühren in Höhe von 324 T€ zu leisten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen beinhalten Verbindlichkeiten aus der Überzahlung auf das von der Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags abzuführende Ergebnis in Höhe von 3.862 T€ sowie Verbindlichkeiten aus der kurzfristigen Zwischenfinanzierung in Höhe von 6.901 T€. Saldierte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 5.635 T€ und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (2.948 T€) werden hiervon in Abzug gebracht.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, handelt es sich mit 14.808 T€ (Vorjahr 20.543 T€) um Verpflichtungen aus der Ausgleichszahlung für das laufende Geschäftsjahr. Darüber hinaus sind unverändert Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten enthalten.

(7) Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Neben den betriebsüblichen Verpflichtungen aus dem Energiebezug beläuft sich das Bestellobligo zum 31. Dezember 2016 auf 4.824 T€. Aus Miet- und Leasingverträgen bestehen mehrjährige Verpflichtungen in Höhe von 450 T€, von denen 376 T€ innerhalb eines Jahres fällig sind.

Mit der Syneco Trading GmbH, München, wurde am 16. November 2008 ein Vertrag über die Nutzung eines Gasspeichers getroffen. Grundlage der Vereinbarung ist ein zwischen der Syneco Trading GmbH und Gaz de France Erdgasspeicher Deutschland GmbH, Berlin, geschlossener Vertrag über die Bereitstellung von Speicherleistung aus dem Gaskavernenspeicher Peckensen (Speichervertrag). Die Syneco Trading GmbH stellt der Gesellschaft hierbei einen Speicheranteil von 7,2 % zur Verfügung. Der ESWE Versorgung entstehen aus dem Vertrag Verpflichtungen aus der Zahlung von anteiligen Speichermieten. Die Laufzeit des Vertrages mit der Syneco Trading GmbH

GmbH ist hierbei an die Laufzeit des Speichervertrages gekoppelt. Der Speichervertrag endet am 1. April 2033. Die Verpflichtungen belaufen sich insgesamt auf 13.151 T€, von denen 757 T€ innerhalb eines Jahres fällig sind.

Im Rahmen der Finanzierung des im Jahr 2013 von der ESWE BioEnergie GmbH errichteten Biomasseheizkraftwerks hat die ESWE Versorgung zur Sicherung der dort aufgenommenen langfristigen Darlehen in Höhe von insgesamt 50 Mio. € Patronatserklärungen und Bürgschaften abgegeben. Es wird davon ausgegangen, dass die ESWE BioEnergie GmbH ihre Verpflichtungen erfüllen wird. Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme bzgl. der aufgeführten Haftungsverhältnisse wird daher als gering angesehen.

Zudem hat sich die ESWE Versorgung verpflichtet, einen möglichen Jahresfehlbetrag für das Geschäftsjahr 2017 der ESWE Taunuswind GmbH zu übernehmen.

(8) Finanzinstrumente

Zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos von langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten hat die Gesellschaft Zins-Swap-Geschäfte abgeschlossen. Hierbei handelt es sich um micro hedge-Beziehungen, da das aus einem Darlehen resultierende Zinsänderungsrisiko durch ein einziges Sicherungsinstrument (Swap) abgesichert wird. Insgesamt bestehen Swap-Geschäfte mit einem Nominalwert von 19,8 Mio. €. Aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung haben diese am Bilanzstichtag in Summe einen negativen Marktwert in Höhe von 3,7 Mio. €. Die Zins-Swap-Geschäfte werden jeweils in Zusammenhang mit der Aufnahme bzw. Prolongation konkreter Darlehen abgeschlossen. Die Marktwerte werden anhand der sich aus den Vereinbarungen in Zukunft ergebenden Zahlungsströme unter Zugrundelegung der erwarteten Zinsentwicklung ermittelt.

Aufgrund der Bildung von Bewertungseinheiten kann von der Bildung einer Drohverlustrückstellung abgesehen werden. Zur Feststellung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird die „Critical Terms Match-Methode“ verwendet. Die Bilanzierung sämtlicher Bewertungseinheiten erfolgt nach der „Einfrierungsmethode“.

Die mittels Termingeschäften beschafften Energiebezüge von Strom und Gas werden mit den in der Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit anfallenden Absatzgeschäften in eine Einheit gebracht. Die Beschaffungs- und Absatzgeschäfte weisen in sachlicher und zeitlicher Hinsicht gleichartige Risiken auf und werden intern im Rahmen eines Vertragsportfolios auf Nettobasis gesteuert. Im Berichtsjahr bestanden keine offenen Positionen.

(9) Latente Steuern

Die Gesellschaft ist Organgesellschaft einer ertragsteuerlichen Organschaft. Die latenten Steuern der Organschaft werden bei dem Organträger ausgewiesen. Somit unterbleibt die Angabe nach § 285 Nr. 29 HGB. Insgesamt würde sich ein Aktivüberhang an latenten Steuern ergeben, der aufgrund des bestehenden handelsrechtlichen Wahlrechts nicht aktiviert werden muss.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(10) Umsatzerlöse

Aufteilung nach Bereichen	2016		2015	
	T€	%	T€	%
Stromversorgung	187.550	49,1	201.281	49,4
Pachtentgelt Stromnetz	0	0,0	14.889	3,7
Gasversorgung	98.648	25,8	93.605	23,0
Wärmeversorgung	28.768	7,5	28.972	7,1
Tankstelle	3.013	0,8	3.368	0,8
Betriebsführung Wasserversorgung	23.557	6,2	24.068	5,9
Wasserverkauf an WLW	12.074	3,2	11.061	2,7
Konzerninterne Dienstleistungen	20.649	5,4	20.504	5,0
Auflösung empfangene Ertragszuschüsse	1.881	0,5	3.412	0,8
Übrige Umsatzerlöse	5.582	1,5	6.172	1,6
Umsätze lt. GuV	381.722	100,0	407.332	100,0

Aufgrund der Ausgliederung des Stromnetzes auf die Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH mit Wirkung zum 30. Dezember 2015 entfällt ab dem Berichtsjahr die Vereinnahmung des Pachtentgelts für das Stromnetz.

Die Umsatzerlöse der Stromversorgung sind um die Stromsteuer in Höhe von 18.206 T€ (Vorjahr 19.117 T€) und die Umsatzerlöse der Gasversorgung um die Erdgassteuer in Höhe von 9.698 T€ (Vorjahr 9.366 T€) gekürzt.

Die Umsatzerlöse enthalten in Höhe von 2.030 T€ (Vorjahr -4.215 T€) Erlöskorrekturen für Vorjahre.

(11) Andere aktivierte Eigenleistungen

Sie umfassen den Personalaufwand und die Gemeinkosten für die Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens.

(12) Sonstige betriebliche Erträge

	T€	T€
Periodenfremde Erträge:		
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	4.648	9.658
Erträge aus Anlagenabgängen	2.366	2.041
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen	1.087	2.161
Andere periodenfremde Erträge	46	118
	8.147	13.978
Übrige Erträge	1.761	3.511
	9.908	17.489

Die erstmalige Anwendung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) hat zu einer Änderung der Umsatzerlösdefinition geführt. Daher sind die Vorjahreszahlen der Umsatzerlöse und der sonstigen betriebliche Erträge aufgrund der Neufassung von § 277 Abs. 1 HGB grundsätzlich nicht vergleichbar. Im Vorjahresausweis sind Erträge in Höhe von 222 T€ enthalten, die nach der Neudefinition des § 277 Abs. 1 HGB als Umsatzerlöse auszuweisen wären.

(13) Materialaufwand

	2016 T€	2015 T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	248.824	270.649
Aufwendungen für bezogene Leistungen	12.378	13.290
	261.202	283.939

(14) Personalaufwand

	2016 T€	2015 T€
Löhne und Gehälter	35.383	33.622
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	9.445	9.036
davon für Altersversorgung	(2.604)	(2.527)
	44.828	42.658

Im Durchschnitt waren bei der ESWE Versorgungs AG beschäftigt:

	2016	2015
Angestellte	548	547
davon Frauen	148	145
Auszubildende	48	48
	596	595

(15) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des

Anlagevermögens und Sachanlagen

Die Abschreibungen sind im Einzelnen im Anlagenspiegel dargestellt.

Die Abschreibungen enthalten in Höhe von 26 T€ außerplanmäßige Abschreibungen auf Anlagen im Bau aufgrund eines voraussichtlich nicht zu realisierenden Projekts.

(16) Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2016 T€	2015 T€
Periodenfremde Aufwendungen:		
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	65	33
Andere periodenfremde Aufwendungen	9.503	326
	9.568	359
Konzessionsabgaben	6.211	6.108
Abschreibungen auf Forderungen	1.794	2.325
Übrige Aufwendungen	25.135	24.646
	42.708	33.438

(17) Beteiligungsergebnis

2016 T€	2015 T€
------------	------------

	2016 T€	2015 T€
Erträge aus Gewinnabführung	4.357	0
davon aus verbundenen Unternehmen	(4.357)	(0)
Erträge aus Beteiligungen	12.296	21.800
davon aus verbundenen Unternehmen	(1.000)	(1.000)
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-1.500	0
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-1.867	-11.099
	13.286	10.701

Die Erträge aus Gewinnabführungen beinhalten das Ergebnis der Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH für das Jahr 2016. Im Vorjahr wurde ein Verlust in Höhe von 2.241 T€ übernommen. Die Erträge aus Beteiligungen beinhalten im Wesentlichen die Gewinnausschüttung der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden Aktiengesellschaft, Mainz (KMW), für das Geschäftsjahr 2015 (10.000 T€). Die Aufwendungen aus der Verlustübernahme betreffen im Berichtsjahr die Übernahme des Verlustes der ESWE Taunuswind GmbH.

Darüber hinaus wurde im Berichtsjahr eine Abschreibung auf den Beteiligungsbuchwert der ESWE BioEnergie GmbH in Höhe von 1.500 T€ vorgenommen.

(18) Zinsergebnis

	2016 T€	2015 T€
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.256	1.205
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	345	329
davon aus verbundenen Unternehmen	(101)	(136)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 4.214	- 5.206
davon aus der Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen	(-385)	(-1.009)
	- 2.613	- 3.672

(19) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Aufgrund des zwischen der WVV Wiesbaden Holding GmbH und der ESWE Versorgung bestehenden Ergebnisabführungsvertrages weist die ESWE Versorgung als Steueraufwand nur die Körperschaftsteuer auf die Ausgleichszahlung an die Thüga Aktiengesellschaft in Höhe von 2.757 T€ (Vorjahr 3.825 T€) aus. Diese Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Ferner ergaben sich periodenfremde Ertragsteuererstattungen in Höhe von 43 T€ (Vorjahr 232 T€).

(20) Sonstige Steuern

Der Steueraufwand beinhaltet die Aufwendungen für Grundsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Umsatzsteuer für Sachzuwendungen sowie Energiesteuern auf den Eigenverbrauch.

(21) Aufwendungen für Ausgleichszahlungen

Gemäß dem bestehenden Ergebnisabführungsvertrag erhält die Thüga Aktiengesellschaft, München, eine vertraglich vereinbarte Ausgleichszahlung von 14.808 T€ (Vorjahr 20.543 T€)

(22) Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags abgeführter Gewinn

Ausgewiesen wird der gemäß Ergebnisabführungsvertrag an die WVV Wiesbaden Holding GmbH abzuführende Gewinn.

Sonstige Angaben

Geschäfte größeren Umfangs mit verbundenen oder assoziierten Unternehmen gemäß § 6b EnWG

Es besteht ein langfristiger Vertrag über die Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen an die Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH, welcher im Geschäftsjahr zu Umsatzerlösen in Höhe von 13.614 T€ (Vorjahr: 13.028 T€) führte.

Weitere Geschäfte größeren Umfangs im Sinne von § 6b EnWG, die aus der gewöhnlichen Energieversorgungstätigkeit herausfallen, wurden nicht getätigt.

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Alle Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen sind zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen worden und unterscheiden sich nicht von Liefer- und Leistungsverpflichtungen mit anderen Unternehmen und Personen.

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehörten im Jahr 2016 folgende Damen und Herren an:

Sven Gerich, Oberbürgermeister, Vorsitzender des Aufsichtsrates, Wiesbaden

Udo Stieglitz, Ausbilder, Anteilseigner-Arbeitnehmervertreter, Wiesbaden 1. stellv. Vorsitzende, Wiesbaden

Michael Riechel, Vorstandsvorsitzender der Thüga Aktiengesellschaft, 2. stellv. Vorsitzender, München

Dennis Barham, Elektromeister, Arbeitnehmervertreter, Wiesbaden

Joaquim da Silva, Kfz-Mechaniker, Anteilseigner-Arbeitnehmervertreter, Wiesbaden

Hildebrand Diehl, Oberbürgermeister a.D., Wiesbaden (bis 10. Januar 2017)

Christiane Hinninger, Dipl.-Biologin, Stadtverordnete, Wiesbaden

Dr. Gerhard Holtmeier, Vorstandsmitglied der Thüga Aktiengesellschaft, München (bis 31. März 2016)

Ralf Ligato, Industriefachwirt, Arbeitnehmervertreter, Darmstadt

Reiner Löbelt, Schlosser, Arbeitnehmervertreter, Hünstetten

Bernhard Lorenz, Rechtsanwalt, Stadtverordneter, Wiesbaden

Christoph Manjura, Politikwissenschaftler, Stadtverordneter, Wiesbaden

Nadine Ruf, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Stadtverordnete, Wiesbaden

Michael Schlempp, Rechtsanwalt, Stadtverordneter, Wiesbaden (bis 10. Januar 2017)

Dr. Christof Schulte, Vorstandsmitglied der Thüga Aktiengesellschaft. München(ab 1. April 2016)

Christiane Schübler, Dipl.-Sozialpädagogin, Arbeitnehmervertreterin, Taunusstein

Harald Schuck, Gewerkschaftssekretär, Anteilseigner-Arbeitnehmervertreter, Mainz-Kastel

Marlis Stiehl, stellv. Betriebsratsvorsitzende, Arbeitnehmervertreterin, Wiesbaden

Winfried Weimer, Gas- und Wasserinstallationsmeister, Arbeitnehmervertreter, Hünstetten-Strinz-Trinitatis

Dem Aufsichtsrat wurden für das Geschäftsjahr 2016 Bezüge von 42.420 € (Vorjahr 42.000 €) gezahlt.

Vorstand

Rechtsanwalt Ralf Schodlok, kaufmännischer Vorstand (Vorsitzender), Wiesbaden

Dipl.-Ing. Jörg Höhler, technischer Vorstand, Singhofen.

Im Geschäftsjahr 2016 betragen die Gesamtbezüge des Vorstands 803.512 € (Vorjahr: 736.702 €). Die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf 581.908 € (Vorjahr: 573.939 €).

Am Bilanzstichtag betragen die an ehemalige Mitglieder des Vorstandes gegebenen Kredite für Wohnraumbeschaffung, die durchschnittlich mit 4,5 % p.a. verzinst werden, 28.895 €. Diese Darlehen werden annuitätisch getilgt. Im Berichtsjahr betrug die Tilgung 1.759 €.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Vorstandsmitgliedern und ihren Hinterbliebenen sind 5.537.702 € zurückgestellt.

Honorar des Abschlussprüfers

Von den Angaben zu den Honoraren des Abschlussprüfers der Gesellschaft nach § 285 Nr. 17 HGB n. F. wurde abgesehen, da diese Angaben im Konzernabschluss der WVV Wiesbaden Holding GmbH als einbeziehendes Mutterunternehmen enthalten sind.

Konzernzugehörigkeit

Die Gesellschaft ist verbundenes Unternehmen i.S.d. § 15 AktG und § 271 Abs. 2 HGB zur WVV Wiesbaden Holding GmbH und deren verbundenen Unternehmen. Der Jahresabschluss der ESWE Versorgungs AG wird in den Konzernabschluss der WVV Wiesbaden Holding GmbH, Wiesbaden, für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen einbezogen. Die Gesellschaft ist gem. § 291 Abs. 1 HGB von der Aufstellung eines Konzernabschlusses und eines Konzernlageberichtes befreit. Der Konzernabschluss der WVV Wiesbaden Holding GmbH wird in elektronischer Form im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres, über die an dieser Stelle zu berichten wäre, sind nicht

bekannt.

Wiesbaden, 30. Mai 2017

ESWE Versorgungs AG

Der Vorstand

Schodlok

Höhler

Entwicklung des Anlagevermögens

	Vortrag zum 01.01.2016 T€	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Stand am 31.12.2016 T€
		Abgang durch Verschmelzung T€	Zugänge T€	Umbuchungen T€	Abgänge T€	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
Entgeltlich erworbene Lizenzen	7.660	0	1.101	5	0	8.766
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	62.782	0	232	523	132	63.405
2. Verteilungsanlagen	443.143	0	8.329	990	3.100	449.362
3. Technische Anlagen und Maschinen	25.918	0	534	79	610	25.921
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	22.615	0	979	13	585	23.022
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.662	0	3.866	-1.610	4	3.914
	556.120	0	13.940	-5	4.431	565.624
Summe immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	563.780	0	15.041	0	4.431	574.390
II. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	41.485	20	0	0	0	41.465
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	48	0	0	0	5	43
3. Beteiligungen	76.646	0	3.368	0	1.133	78.881
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	12.321	0	0	0	0	12.321
5. Sonstige Ausleihungen und Genossenschaftsanteile	2.607	0	19	0	32	2.594
	133.107	20	3.387	0	1.170	135.304
Summe Anlagevermögen	696.887	20	18.428	0	5.601	709.694

	Vortrag zum 01.01.2016 T€	Kumulierte Abschreibungen		Stand am 31.12.2016 T€
		Abschreibungen des Geschäftsjahres T€	Abgänge Aufzinsung T€ (A)	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Lizenzen	6.886	385	0	7.271
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	39.916	1.671	21	41.566
2. Verteilungsanlagen	346.070	8.513	3.063	351.520
3. Technische Anlagen und Maschinen	17.415	1.045	610	17.850
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.854	1.058	543	19.369

	Vortrag zum 01.01.2016 T€	Kumulierte Abschreibungen		Stand am 31.12.2016 T€
		Abschreibungen des Geschäftsjahres T€	Abgänge Aufzinsung T€ (A)	
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	26	0	26
Summe immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	422.255	12.313	4.237	430.331
429.141	12.698	4.237	437.602	
II. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0	1.500	0	1.500
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0	0	0	0
3. Beteiligungen	0	0	0	0
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	0	0
5. Sonstige Ausleihungen und Genossenschaftsanteile	0	0	3 (A)	3
	0	1.500	0	1.503
			3 (A)	
Summe Anlagevermögen	429.141	14.198	4.237	439.105
			3 (A)	
Buchwerte				
			31.12.2016	31.12.2015
			T€	T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Lizenzen			1.495	774
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			21.839	22.866
2. Verteilungsanlagen			97.842	97.073
3. Technische Anlagen und Maschinen			8.071	8.503
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung			3.653	3.761
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			3.888	1.662
Summe immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen			135.293	133.865
			136.788	134.639
II. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen			39.965	41.485
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen			43	48
3. Beteiligungen			78.881	76.646
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht			12.321	12.321
5. Sonstige Ausleihungen und Genossenschaftsanteile			2.591	2.607
Summe Anlagevermögen			133.801	133.107
			270.589	267.746

Bilanz zum 31. Dezember 2016 - Gas / Netz

Tätigkeitsabschlüsse 2016

AKTIVA

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	280	152
II. Sachanlagen	33.459	33.101
III. Finanzanlagen	0	0
	33.739	33.253
B. Umlaufvermögen		

	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€
I. Vorräte	858	752
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.716	1.611
III. Wertpapiere	0	0
IV. Flüssige Mittel	0	0
	2.574	2.363
C. Rechnungsabgrenzungsposten	94	109
	36.407	35.725

PASSIVA

	31.12.2016	31.12.2015
	T€	T€
A. Eigenkapital	13.274	13.176
B. Empfangene Ertragszuschüsse	4.526	4.581
C. Rückstellungen	4.470	4.214
D. Verbindlichkeiten	11.060	11.293
E. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Unternehmensbereichen	3.077	2.461
	36.407	35.725

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 - Gas / Netz -

(Darstellung nach Primärkosten)

	2016	2015
	T€	T€
Umsatzerlöse	38.850	37.259
Bestandsveränderung	1	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	675	581
Sonstige betriebliche Erträge	115	214
Materialaufwand	11.187	12.315
Personalaufwand	11.680	11.584
Abschreibungen	2.669	2.873
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.121	3.955
Betriebliches Ergebnis	10.984	7.327
Beteiligungsergebnis	1	0
Zinsergebnis	-491	-682
ERGEBNIS VOR STEUERN	10.494	6.645
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.337	2.085
ERGEBNIS NACH STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG	7.157	4.560
Sonstige Steuern	45	45
Unternehmensergebnis	7.112	4.515
Aufwendungen aus internem EAV	7.112	4.515
Jahresergebnis	0	0

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2016 - Gas / Netz - (Bruttodarstellung)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten							Stand am 31.12.2016 T€
	Stand am 01.01.2016 nach Schlüssel 2015 T€	Schlüsselungs- differenzen T€	Stand am 01.01.2016 T€	Zugänge Kapital- zuschüsse T€	Umbu- chungen T€	Abgänge T€		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände								
Lizenzen	1.792	-55	1.737	221	1	0	1.959	
II. Sachanlagen								
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten	13.019	-467	12.552	40	99	0	12.691	

Anschaffungs- und Herstellungskosten

	Stand am 01.01.2016 nach Schlüssel 2015 T€	Schlüsselungs- differenzen T€	Stand am 01.01.2016 T€	Zugänge Kapital- zuschüsse T€	Umbu- chungen T€	Abgänge T€	Stand am 31.12.2016 T€
auf fremden Grundstücken							
2. Verteilungsanlagen	183.265	0	183.265	2.687	733	371	186.314
3. Technische Anlagen und Maschinen	1.490	-7	1.483	78	71	0	1.632
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.078	-81	5.997	279	1	239	6.038
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.012	-6	1.006	172	-1.000	0	178
	204.864	-561	204.303	3.256	-96	610	206.853
Summe immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	206.656	-616	206.040	3.477	-95	610	208.812

Kumulierte Abschreibungen

	Stand am 01.01.2016 nach Schlüssel 2015 T€	Schlüsselungs- differenzen T€	Stand am 01.01.2016 T€	Abschreibungen des Geschäftsjahres T€	Abgänge Zuschreibung Aufzinsung T€	Umbu- chungen T€	Stand am 31.12.2016 T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
Lizenzen	1.640	-52	1.588	91	0	0	1.679
II. Sachanlagen							
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	8.656	-298	8.358	301	0	0	8.659
2. Verteilungsanlagen	156.863	0	156.863	1.935	369	0	158.429
3. Technische Anlagen und Maschinen	1.378	-6	1.372	23	0	0	1.395
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.866	-69	4.797	319	205	0	4.911
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	0	0	0	0	0	0
	171.763	-373	171.390	2.578	574	0	173.394
Summe immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	173.403	-425	172.978	2.669	574	0	175.073

Buchwerte

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Lizenzen	280	152
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.032	4.363
2. Verteilungsanlagen	27.885	26.402
3. Technische Anlagen und Maschinen	237	112
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.127	1.212
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	178	1.012
	33.459	33.101
Summe immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	33.739	33.253

Unbundlingbericht für das Geschäftsjahr 2016

Grundsätzliche Angaben

Am 30. Juni 2011 verabschiedete der Deutsche Bundestag die Novelle des Gesetzes über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG), die am 3. August 2011 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde. Um Diskriminierung zu vermeiden, haben vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen jeweils getrennte Konten zu führen und für jede ihrer Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG einen gesonderten Tätigkeitsabschluss aufzustellen. Zu den Tätigkeitsbereichen zählen zum einen die Elektrizitätsübertragung, Elektrizitätsverteilung, Gasfernleitung, Gasverteilung, Gasspeicherung oder der Betrieb von Flüssiggas-Anlagen (LNG-Anlagen); zum anderen gehört zu den Tätigkeiten darüber hinaus jede wirtschaftliche Nutzung eines Eigentumsrechts an Strom- und Gasnetzen, Gasspeichern oder LNG-Anlagen. Die Tätigkeitsabschlüsse sind mit dem geprüften Jahresabschluss beim Bundesanzeiger zur Veröffentlichung einzureichen.

Mit Vertrag vom 30. Dezember 2015 hatte die ESWE Versorgung die bis dahin in Ihrem Eigentum befindlichen Anlagen der Stromversorgung (Stromnetz) vollständig auf die Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH übertragen. Der bis zu diesem Zeitpunkt bestehende Pachtvertrag zwischen den beiden Gesellschaften endete somit zum 30. Dezember 2015. Seit dem Jahr 2016 werden somit alle Tätigkeiten der Elektrizitätsverteilung direkt in der sw netz GmbH abgewickelt.

Mit ihren Tätigkeitsabschlüssen 2016 erfüllt die ESWE Versorgungs AG die Berichtspflicht nach § 6b EnWG. In der Rechnungslegung führen wir gemäß § 6b EnWG jeweils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Gasverteilung, für andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors sowie für andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors. Für die Gasverteilung erstellen wir darüber hinaus eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung.

Definition der Unternehmensaktivitäten

- Sonstige Aktivitäten Strom (Strom / Sonstige)

Diese Aktivität umfasst Stromeinkauf und -vertrieb sowie sonstige Tätigkeiten im Elektrizitätsbereich.

- Gasverteilung (Gas / Netz)

Hier wird das gesamte Gasverteilungsnetz erfasst.

- Sonstige Aktivitäten Gas (Gas / Sonstige)

Diese Aktivität umfasst Gaseinkauf und -vertrieb sowie sonstige Tätigkeiten im Gasbereich.

- Sonstige Aktivitäten

Den sonstigen Aktivitäten werden neben der Wasser- und Fernwärmeversorgung der Beteiligungs- und Finanzbereich zugeordnet.

Grundsätze der Zuordnung zu den einzelnen Aktivitäten

Die Zuordnung der Aktiv- und Passivposten sowie der Aufwendungen und Erträge zu den Unternehmensaktivitäten erfolgte im Wesentlichen direkt auf Basis von Einzelkonten. In den Fällen, wo dies nicht möglich ist oder mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden wäre, erfolgte die Zuordnung durch Schlüsselung auf Basis sachgerechter Bezugsgrößen.

Die Berechnung der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag erfolgt unter der Fiktion, dass die einzelnen Unternehmensaktivitäten selbst Steuerschuldner sind.

Die im Wege der direkten und indirekten Zuordnung entstehenden Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einzelnen Unternehmensbereichen werden als solche in der Aktivitätenbilanz ausgewiesen.

Leistungsbeziehungen zwischen den einzelnen Unternehmensaktivitäten betreffen überwiegend Verwaltungs- und Vertriebsarbeiten sowie sonstige betriebliche Tätigkeiten. Sie werden nach verursachungsgerechten Schlüsseln den Anforderern zugerechnet.

Die sich aufgrund von Zuordnungen ergebenden Unterschiedsbeträge zwischen den aktiven und passiven Bilanzposten werden als Forderungen und Verbindlichkeiten der einzelnen Aktivitäten untereinander ausgewiesen und im Rahmen der internen Aufrechnung ausgeglichen.

Erläuterungen zu den Zuordnungsregeln

Soweit eine direkte Zuordnung des Anlagevermögens nicht möglich ist, erfolgt die Schlüsselung mit dem Verwaltungsschlüssel, der sich aus der Summe der internen Leistungsverrechnung ergibt.

Die Aufteilung der Vorräte auf die einzelnen Unternehmensbereiche erfolgt mit dem Vorratsschlüssel, der sich aus der Inanspruchnahme des gemeinsamen Lagers ermittelt.

Soweit die direkte Zuordnung bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen nicht möglich ist, werden die Positionen im Wesentlichen mit Hilfe des Umlageschlüssels Verwaltung und Vertrieb aufgeteilt.

Die flüssigen Mittel werden im Rahmen des Cashpoolingverfahrens den sonstigen Aktivitäten zugeordnet.

Soweit die direkte Zuordnung bei dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten nicht möglich ist, wird die Position im Wesentlichen mit Hilfe des Umlageschlüssels Verwaltung und des Personalschlüssels zugeordnet.

Die Zuordnung des Eigenkapitals erfolgt nach dem Buchrestwertschlüssel. Das anteilige Ergebnis ergibt sich aus der Spartenrechnung.

Die Zuordnung der Baukostenzuschüsse erfolgt ausschließlich direkt.

Die Zuordnung der Pensionsrückstellungen erfolgt anhand von mathematischen Gutachten.

Soweit die direkte Zuordnung der sonstigen Rückstellungen nicht möglich ist, werden die Positionen im Wesentlichen mit Hilfe des Personalschlüssels und des Umlageschlüssels Verwaltung und Vertrieb aufgeteilt.

Die Schlüsselung der nicht direkt zuordenbaren Positionen bei den Verbindlichkeiten erfolgt im Wesentlichen mit dem Buchrestwertschlüssel (Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten), dem Umlageschlüssel Verwaltung und dem Personalschlüssel.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern enthalten die Ausschüttungsbeträge aus Gewinnabführung. Der am 17. Dezember 2010 zwischen der WVW Wiesbaden Holding GmbH und der ESWE Versorgungs AG mit Wirkung zum 1. Januar 2010 abgeschlossene Ergebnisabführungsvertrag führt zum 31. Dezember 2016 zu einem Jahresergebnis von Null. Es entsteht somit zum Bilanzstichtag des Jahres eine Verbindlichkeit gegenüber Gesellschaftern. Die Gewinnabführung wird in der Sparte sonstige Aktivitäten abgebildet. Die einzelnen Sparten verrechnen ihre Unternehmensergebnisse im Rahmen eines internen Ergebnisabführungsvertrages unterjährig an die sonstigen Aktivitäten.

Die Zuordnung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach Primärkosten.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Aufgliederung und Entwicklung der in der Bilanz zusammengefassten Anlageposten, getrennt nach Unternehmensbereichen, ist dem als Anlage beigefügten Anlagespiegel zu entnehmen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	Gesamt T€	davon Gas / Netz T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	25.432	1.384
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	23.400	21
Forderungen gegen beteiligte Unternehmen	1.536	0
Forderungen gegen die Landeshauptstadt Wiesbaden und deren Eigenbetriebe	2.976	-23
Sonstige Vermögensgegenstände	2.012	334
davon zum Bilanzstichtag noch nicht rechtlich entstanden	864	22
	55.356	1.716
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	23	6

Eigenkapital

	Gesamt T€	davon Gas / Netz T€
Zugeordnetes EK	116.570	13.274

Verbindlichkeiten

	Gesamt T€	davon Gas / Netz T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	77.760	8.855
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	21.593	1.749
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	8.447	-52
Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen	18.403	0
Sonstige Verbindlichkeiten	8.005	508
	134.208	11.060
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	63.568	3.016

Geschäfte größeren Umfangs mit verbundenen oder assoziierten Unternehmen gemäß § 6b EnWG

Neben dem Vertrag über die Verpachtung des Stromnetzes besteht ein längerfristiger Vertrag über die Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen mit der sw netz GmbH.

Weitere Geschäfte größeren Umfangs im Sinne von § 6b EnWG, die aus der gewöhnlichen Energieversorgungstätigkeit herausfallen, wurden nicht getätigt.

Wiesbaden, den 30. Mai 2017

ESWE Versorgungs AG

Der Vorstand

Schodlok

Höhler

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der ESWE Versorgungs AG, Wiesbaden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie für die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der ESWE Versorgungs AG. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Mainz, den 30. Mai 2017

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bauer, Wirtschaftsprüfer

Galic, Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die gemeinschaftliche Geschäftsführung während des Geschäftsjahres 2016 aufgrund regelmäßiger schriftlicher und mündlicher Berichterstattung des Vorstands laufend überwacht. Im Rahmen seiner satzungsmäßigen Zuständigkeit hat er die ihm obliegenden Entscheidungen getroffen. Es handelte sich hierbei um folgende wesentliche Themen:

Ø Ausbau Erneuerbare Energien

Ø Entwicklung der Windkraftprojekte

Ø Vertriebsaktivitäten

Ø Vermarktung von ESWE Versorgungs AG-Grundstücken

Die Aufsichtsratsmitglieder wurden im Rahmen der Schwerpunktthemen über alle bedeutsamen Geschäftsvorgänge in Form von Vorlagen informiert.

Die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht für ESWE Versorgungs AG zum 31. Dezember 2016 wurden von KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Mainz, geprüft. Beanstandungen haben sich nicht ergeben. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers lag den Aufsichtsratsmitgliedern vor. Vertreter des Wirtschaftsprüfers haben an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teilgenommen und Erläuterungen gegeben. Dem Ergebnis der Prüfung stimmt der Aufsichtsrat zu.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss einschließlich des Lageberichts der ESWE Versorgungs AG zum 31. Dezember 2016 geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind keine Einwendungen zu erheben, so dass er den Jahresabschluss billigt.

Dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern spricht der Aufsichtsrat für die im Geschäftsjahr 2016 geleistete Arbeit seinen Dank aus.

Wiesbaden, den 28. Juni 2017

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats

Sven Gerich
